

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1977

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Lehrernachwuchs 1977	97	Im März 1977 war mehr als die Hälfte aller Anwärter auf ein Lehramt an Grund- und Hauptschulen und an Realschulen Frauen. An den Studienseminaren für das Lehramt an Gymnasien und an berufsbildenden Schulen ist ihr Anteil jedoch gering.
Altersstruktur der Lehrer 1955 - 1976	99	Der Lehrerstand hat sich an allen Schularten des allgemeinbildenden Bereichs in den vergangenen 20 Jahren stark verjüngt. Gleichzeitig veränderte sich an fast allen Schularten die Geschlechterrelation.
Religions- und Ethikunterricht 1976	103	Der Anteil der Schüler, die sich vom Religionsunterricht an den Schulen abmelden, ist in Rheinland-Pfalz an allen Schularten sehr gering.
Verunglückte Kinder und Jugendliche 1976	107	Kinder sind auf Grund ihrer Mentalität und mangelnden Erfahrung im Straßenverkehr überdurchschnittlich stark gefährdet. Die Bemühungen der Landesregierung um eine Reduzierung der Zahl der Unfallopfer unter den Kindern konzentrieren sich seit einigen Jahren besonders auf die Schulanfänger.
Beschäftigten- und Entgeltstatistik	110	Nachdem die Anlaufschwierigkeiten, wie sie bei einer Statistik mit neuen Meldewegen häufig auftreten, weitgehend beseitigt sind, soll eine Darstellung des Verfahrens und einiger Ergebnisse der von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten Beschäftigten- und Entgeltstatistik gegeben werden.
Öffentliche Tiefbauaufträge 1976	112	Während im gesamten Bundesgebiet die öffentlichen Tiefbauaufträge 1976 nicht ganz die Vorjahreshöhe erreichten, war in Rheinland-Pfalz eine geringfügige Zunahme des Auftragsvolumens zu verzeichnen.
Arbeitskosten im Handel, bei Banken und Versicherungen 1974	116	Über laufende Verdienstzahlungen hinausgehende Aufwendungen - hierbei handelt es sich um die sogenannten Personalnebenkosten - waren in Unternehmen des Bankgewerbes mit 8 800 DM je Arbeitnehmer mehr als doppelt so hoch wie die zusätzlichen Aufwendungen im Einzelhandel.
Anhang	33*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	39*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

**Statistisches Landesamt
Rheinland - Pfalz**

Abt. Z / Veröffentlichungen

Mainzer Straße 15 / 16

5427 BAD EMS

Wir bestellen hiermit:

..... Exemplare

Schulverzeichnis

**Allgemeinbildende Schulen in Rheinland-Pfalz,
Schuljahr 1976/77**

Umfang: 146 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 9,-

an: _____

in: _____

(Datum)

(Unterschri ft)

7 von 10 Realschullehreranwärtern sind Frauen

An 21 Studienseminaren in Rheinland-Pfalz bereiten sich zur Zeit fast 2 200 Teilnehmer auf ein Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien oder berufsbildenden Schulen vor. Dies geht aus einer Erhebung hervor, die im März 1977 an den Studienseminaren durchgeführt wurde.

Die meisten Lehramtsanwärter, insgesamt 894, werden an den 6 Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ausgebildet. Für dieses Lehramt wurde der Vorbereitungsdienst an Studienseminaren zum 1. Februar 1976 eingeführt. Die ersten rund 300 Lehramtsanwärter, die diese Ausbildungsform durchliefen, werden im Sommer dieses Jahres die Seminare verlassen. Von den Anwärtern auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen sind 59% Frauen.

Wesentlich höher ist der Anteil der Frauen an den 4 Studienseminaren für das Lehramt an Realschulen. Von den 336 Realschullehreranwärtern sind 72% weiblichen Geschlechts.

An den 6 Studienseminaren für das Lehramt an Gymnasien sind nur ein Drittel der 628 Seminarteilnehmer Referendarinnen, während von den 327 Anwärtern auf ein Lehramt an berufsbildenden Schulen nur ein Viertel Frauen sind. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 97

85% der hauptberuflichen Lehrer an Realschulen jünger als 45 Jahre

An den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz hat sich der Lehrerstand in den vergangenen Jahren stark verjüngt. 1955 war an den Grund- und Hauptschulen knapp die Hälfte aller hauptberuflichen Lehrkräfte jünger als 45 Jahre, im laufenden Schuljahr sind es drei Viertel. Im Realschulbereich stieg der Anteil der Lehrer unter 45 Jahren seit 1955 von 34% auf nunmehr 85%. Auch an den Gymnasien erhöhte sich der Anteil der unter 45jährigen seit 1955 um fast 30 Prozentpunkte, so daß im Schuljahr 1976/77 auch an diesen Schulen fast drei Viertel der Lehrer dieser Altersgruppe angehören.

Mit der Altersstruktur veränderte sich an fast allen Schularten des allgemeinbildenden Bereichs auch die Geschlechterstruktur. An Grund- und Hauptschulen, Realschulen und an Sonderschulen unterrichten bereits mehr Frauen als Männer. Lediglich an den Gymnasien machen die Lehrerinnen nur rund ein Drittel des Lehrerbstandes aus. An allen Schularten ist der Anteil der Frauen in der Altersgruppe der unter 30jährigen höher als der Anteil der Männer. Obwohl ein Teil der Lehrerinnen schon nach einigen Berufsjahren aus dem Schuldienst ausscheidet, unterrichten an den Grund- und Hauptschulen und an den Sonderschulen auch in den meisten Altersgruppen ab 30 mehr Frauen als Männer. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 99

Nur wenige Schüler melden sich vom Religionsunterricht ab

An den Schulen von Rheinland-Pfalz machen nur wenige Schüler von der Möglichkeit Gebrauch, sich vom Religionsunterricht abzumelden. Dies zeigt die Auswertung der Ergebnisse aus der Erhebung zur Lage des Religions- und Ethikunterrichts im Schuljahr 1976/77. Danach sind an den

Grund- und Hauptschulen zur Zeit 0,2% aller Schüler vom Religionsunterricht abgemeldet, an den Sonderschulen 1,3% und an den Realschulen 0,7%. Lediglich an den Gymnasien liegt der Prozentsatz der vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler mit 2,3% etwas höher. Auch an den berufsbildenden Schulen erklärte nur jeder hundertste Schüler, daß er nicht am Religionsunterricht teilnehmen will.

Diejenigen Schüler, die sich nicht am Religionsunterricht beteiligen, sollen dafür Ersatzunterricht, den Ethikunterricht, erhalten. An den allgemeinbildenden Schulen von Rheinland-Pfalz sind 275 Klassen bzw. Gruppen eingerichtet, in denen 4 260 Schülern dieser Unterricht erteilt wird. Weitere 1 123 Schüler besuchen in 61 Klassen an berufsbildenden Schulen den Ethikunterricht.

An allen Schulen des Landes insgesamt nehmen nahezu 1 000 Schüler, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, am Unterricht im Fach Religion teil. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 103

Mehr Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr verunglückt

Von dem erneuten Anstieg der Zahl der auf den rheinland-pfälzischen Straßen verunglückten Personen im vergangenen Jahr um 5,1% auf 31 375 blieb auch die Gruppe der Kinder unter 15 Jahren nicht verschont. Intensive Bemühungen auf dem Gebiet der Verkehrserziehung sowie rechtliche Vorschriften, wie die Anlegepflicht von Sicherheitsgurten und die Vorschrift, daß Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr nicht auf den Vordersitzen mitgenommen werden dürfen, konnten nicht verhindern, daß sich die Zahl der im Straßenverkehr getöteten und verletzten Kinder 1976 nochmals um 223 oder 6,3% auf 3 770 erhöhte.

Nach der Art der Verkehrsbeteiligung sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Während sich die Zahl der verunglückten Radfahrer (+ 11,1%) und Mitfahrer (+ 12,2%) erheblich vergrößerte, ist bei den Fußgängern ein geringfügiger Rückgang um 8 (— 0,5%) zu beobachten, der sich jedoch auf die Altersgruppe unter zehn Jahre beschränkte. Die erfreulichste Entwicklung zeigte sich hier bei den als Fußgänger verunglückten Kindern unter sechs Jahren, deren Anzahl sich gegenüber dem Vorjahr um 6,0% verringerte. Während die Zahl der Sechs- bis Neunjährigen, die als Fußgänger im Straßenverkehr verunglückten, ebenfalls zurückging, und zwar um 9 oder 1,3%, erhöhte sich die Zahl der zehn- bis 14jährigen Kinder um 7,6%.

Von den 91 Kindern unter 15 Jahren, die 1976 im Straßenverkehr tödlich verunglückten, waren 24 jünger als sechs Jahre. Das sind 12 oder ein Drittel weniger als im Jahr zuvor. Davon hatten 18 als Fußgänger (— 8), einer als Radfahrer (— 2) und 5 als Mitfahrer von Fahrzeugen (— 2) am Verkehr teilgenommen. In der Altersklasse der Sechs- bis Neunjährigen, zu der die Schulanfänger gehören, wurden im vergangenen Jahr dagegen 8 Kinder mehr bei Verkehrsunfällen getötet als im Jahr zuvor. Hier handelte es sich wiederum fast ausschließlich um Fußgänger, deren Zahl sich um 9 erhöhte.

Eine noch stärkere Zunahme der Verunglücktenziffer wurde bei den Heranwachsenden im Alter von 15 bis 17 Jahren festgestellt. Die Zahl der Getöteten und Verletzten erhöhte sich hier um 14,2%. Somit wurden Jugendliche dieser Altersgruppe pro Jahrgang fünfmal häufiger bei Verkehrsunfällen verletzt oder getötet als Kinder bis 14 Jahre. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 107

Beschäftigten- und Entgeltstatistik

Der im Arbeitsförderungsgesetz von 1969 festgelegte gesetzliche Auftrag für die Durchführung von Statistiken über die Beschäftigung durch die Bundesanstalt für Arbeit wurde 1972 durch die Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit konkretisiert. Die aus dem automationsgerechten Meldeverfahren gewonnenen Einzeldaten stellen die Grundlage der neuen Beschäftigten- und Entgeltstatistik dar.

Nachdem die Anlaufschwierigkeiten, wie sie bei einem so umfangreichen Projekt mit ganz neuen Meldewegen fast zwangsläufig auftreten, weitgehend beseitigt sind, können für Rheinland-Pfalz erste Ergebnisse dieser Statistik veröffentlicht werden.

Ende März 1976 wurden durch die Beschäftigtenstatistik 1 014 874 versicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz nachgewiesen. Von diesen waren 93,8% Deutsche und 6,2% Ausländer. Während bei den deutschen Arbeitnehmern 62,6% Männer waren, belief sich dieser Anteil bei den Ausländern auf 70,1%. Da die Beschäftigtenstatistik keine Beamten, Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen erfaßt, kann eine Aufteilung der versicherungspflichtig Beschäftigten nur nach Arbeitern und Angestellten erfolgen, wobei die Auszubildenden in den Zahlen jeweils enthalten sind. Am Stichtag waren 57,9% der Beschäftigten Arbeiter und 42,1% Angestellte. Die Anteile in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen wichen zum Teil erheblich von diesem Durchschnitt ab. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 110

Verdienste der Arbeiterinnen etwas stärker gestiegen

Von Oktober 1976 bis Januar 1977 erhöhten sich die Bruttostundenverdienste aller Arbeiter der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau im Gesamtdurchschnitt um 17 Pf oder 1,6%. Damit war der Anstieg gegenüber dem vorangegangenen Quartal geringfügig stärker als im ersten Quartal des Vorjahres (+ 1,1%). Ebenfalls bei 1% hatte die Erhöhung im ersten Quartal der Jahre 1975 und 1974 gelegen. Im Jahresvergleich (Januar 1976 zu Januar 1977) hat sich der Gesamtdurchschnitt um 78 Pf (+ 8%) auf 10,59 DM erhöht. Die Stundenverdienste der Facharbeiter stellten sich im Januar 1977 auf 11,81 DM (+ 1,5%); von angelernten Arbeitern wurden in der Stunde durchschnittlich 20 Pf und von ungelernten Kräften 17 Pf mehr verdient als im Oktober 1976. Bei den Arbeiterinnen (+ 2,7%) schnitten die Hilfskräfte mit 3,6% (+ 27 Pf) gegenüber Oktober 1976 am besten ab. Facharbeiterinnen (8,61 DM) verdienten im Schnitt 3,20 DM weniger als die männlichen Facharbeiter; bei den angelernten Kräften betrug die Differenz 2,70 DM, während ungelernte Arbeiter rund 1,50 DM pro Stunde mehr erhielten als weibliche Hilfskräfte. Die Wochenverdienste der männlichen Arbeiter (472 DM) verzeichneten einen leichten Rückgang (- 3 DM), die der Arbeiterinnen (315 DM) hingegen eine geringfügige Zunahme (+ 5 DM).

Die bezahlte Wochenarbeitszeit war im Januar 1977 bei den männlichen Industriearbeitern um eine Stunde, bei den weiblichen um knapp eine halbe Stunde kürzer als im Oktober 1976. Im Jahresvergleich wurde eine Zunahme von 0,7 Stunden auf 41,6 für alle ermittelt.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau sind von Oktober 1976 bis Januar 1977 um 38 DM oder 1,6% auf 2 346 DM gestiegen, die der technischen Angestellten um 19 DM auf 2 877 DM. hä

Personalnebenkosten im Bankgewerbe bei 8 800 DM pro Arbeitnehmer

Auf Veranlassung der Europäischen Gemeinschaften wurde 1975 für das Jahr 1974 eine Arbeitskostenerhebung im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe durchgeführt. Aufgrund der Ergebnisse dieser Erhebung wurden durchschnittliche Arbeitskosten je Arbeitnehmer von 23 900 DM im Großhandel und 19 400 DM im Einzelhandel ermittelt. Beim Bankgewerbe lagen die durchschnittlichen Gesamtaufwendungen je Arbeitnehmer um rund 50% über den Aufwendungen des Einzelhandels.

Der Anteil des Bruttoverdienstes lag - gemessen an den gesamten Arbeitskosten im jeweiligen Wirtschaftsbereich - zwischen 80% im Einzelhandel und 70% bei Banken. An Personalnebenkosten entfielen auf den im Einzelhandel beschäftigten Arbeitnehmer 3 900 DM, während für Unternehmen des Bankgewerbes zusätzliche Aufwendungen in Höhe von fast 8 800 DM pro Arbeitnehmer ermittelt wurden. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 116

Tuberkulose weiterhin rückläufig

Am Jahresende 1976 befanden sich in Rheinland-Pfalz 5 942 an aktiver Tuberkulose erkrankte Personen in Betreuung der Tuberkulosefürsorgestellen. Das sind rund 550 Personen weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Damit hat sich das seit zwei Jahrzehnten festzustellende kontinuierliche Absinken des Krankenbestandes mit einer Abnahme um 8,4% fortgesetzt. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung entfielen auf 100 000 Einwohner 163 tuberkulose-erkrankte Personen, während es in den Vorjahren 177 (1975) und 192 (1974) waren.

Die häufigste tuberkulöse Erkrankungsform ist die Tuberkulose der Atmungsorgane (pulmonale Tuberkulose). Daran litten im Berichtsjahr vier von fünf Erkrankten, was einer Morbiditätsziffer (Erkrankungshäufigkeit) von 131 auf 100 000 Einwohner entspricht. Annähernd ein Viertel der dieser Diagnosegruppe zugeordneten 4 769 Patienten hatte einen Prozeß, welcher durch Bakteriennachweis gesichert war. Unter den als extrapulmonale Tuberkulose bezeichneten übrigen Organtuberkulosen (1 173) dominierten die des Urogenitaltraktes (520), der peripheren Lymphknoten (229) und der Knochen und Gelenke (154). Für die Gruppe der extrapulmonalen Tuberkulose errechnete sich eine Morbiditätsziffer von 32,1.

Als Neuzugänge kamen im Berichtsjahr 1 882 Personen wegen einer tuberkulösen Erkrankung in Betreuung der Tuberkulosefürsorgestellen. Bei drei Viertel der Neuerfaßten handelte es sich um Personen mit einer Ersterkrankung, bei stark einem Fünftel um Wiedererkrankungen, während ein nur geringer Teil (3,3%) als Zuzüge aus anderen Ländern registriert wurde. Den diagnostischen Feststellungen zufolge litten 1 565 (83,2%) der neuerfaßten Kranken an Lungentuberkulose und 317 (16,8%) an einer anderen Organtuberkulose. Für die ebenfalls seit Mitte der 50er Jahre rückläufigen Zugänge ergaben sich in den letzten Jahren Morbiditätsziffern von 58 (1974) und 51 (1975/76).

Aus der Betreuung der Fürsorgestellen sind im Laufe des Jahres 1976 insgesamt 2 427 Personen ausgeschieden. Das war etwa jeder Dritte der am Ende des Jahres 1975 nachgewiesenen Erkrankten. Es verstarben 311 der erfaßten Personen, jedoch war nur bei 61 die tuberkulöse Erkrankung die unmittelbare Todesursache. zi

Lehrernachwuchs 1977

Wer das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen anstrebt, muß nach einer bestandenen Ersten Staatsprüfung (Lehramtsprüfung) oder einer bestandenen Diplomprüfung den Vorbereitungsdienst an einem Studienseminar absolvieren. An den Studienseminaren werden die Lehramtsanwärter theoretisch und praktisch ausgebildet. Die theoretische Ausbildung erfolgt in allgemeinen Seminaren und in Fachseminaren. Dabei werden unter anderem Fragen der Pädagogik, der allgemeinen Didaktik, der pädagogischen Psychologie sowie des Schul- und des Beamtenrechts behandelt und auch die methodischen und didaktischen Probleme des Unterrichts anhand der praktischen Erfahrung der Lehramtsanwärter erörtert. Die praktische Ausbildung umfaßt Hospitationen, vom Lehramtsanwärter zu erteilenden Ausbildungsunterricht sowie selbständig erteilten Unterricht.

Der Vorbereitungsdienst dauert in der Regel 18 Monate. Einstellungen erfolgen jeweils zum 1. Februar und zum 1. September. Bis 1976 war der Besuch des Studienseminars nur für die Anwärter auf das Lehramt an Realschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen obligatorisch. Zum 1. Februar 1976 wurde er auch für Anwärter auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen eingeführt.

Die Zahl der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze an Studienseminaren ist jedoch beschränkt, so daß nicht alle Bewerber zugelassen

Zehntel der Plätze ist für sogenannte Härtefälle vorgesehen. Die verbleibenden Plätze werden nach der Qualifikation der Bewerber und nach deren Wartezeit vergeben.

Die Zahl der Lehramtsanwärter an den Studienseminaren wird alljährlich durch die amtliche Statistik erfaßt. 1977 wurde die Erhebung zum 1. März durchgeführt.

Pro Einstellungstermin rund 300 Bewerber angenommen

An 6 Studienseminaren bereiten sich zur Zeit 828 Teilnehmer auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und 66 auf das Lehramt des Fachlehrers an Grund- und Hauptschulen vor. Zu jedem Einstellungstermin wurden rund 300 Bewerber angenommen. Die ersten 300 Lehramtsanwärter, die die Ausbildung an einem Studienseminar durchliefen, werden im Sommer dieses Jahres abgehen.

Von den Teilnehmern an den Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen sind 59% weiblichen Geschlechts. Der Anteil der Frauen in den Studienseminaren liegt damit etwas niedriger als der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz. Er ist auch kleiner als der Anteil weiblicher Lehrer an den Grund- und Hauptschulen des Landes in der Altersgruppe der 20- bis 30jährigen.

Die Anwärter für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bzw. für das Lehramt des Fachlehrers weisen zum großen Teil Fächerkombinationen mit Deutsch, Mathematik und Sport nach. Auch bei den Frauen sind Deutsch und Sport sehr häufig in der Fächerkombination vertreten, wesentlich häufiger jedoch Grundschulpädagogik, ein Fach, das zur Unterrichtung der Klassenstufen 1 bis 4 befähigt.

An den Studienseminaren sind neben den 6 Seminarleitern und ihren Stellvertretern 149 nebenamtliche Fachleiter tätig.

72% der Realschullehreranwärter sind Frauen

An den 4 Studienseminaren für das Lehramt an Realschulen wurden am Erhebungsstichtag 336 Teilnehmer gezählt. 7 von 10 Anwärtern auf das Realschullehramt sind Frauen. Der Anteil der Frauen an diesen Seminaren ist damit der höchste an allen Studienseminaren.

Zu jedem Einstellungstermin konnten etwas mehr als 100 Realschullehreranwärter ihre Ausbildung

Seminarteilnehmer 1971 - 1977

Jahr	Teilnehmer an Studienseminaren für das Lehramt an ...					
	Realschulen		Gymnasien		berufsbildenden Schulen	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
1971	187	113	320	99	173	30
1972	293	198	300	109	242	50
1973	304	210	342	131	377	72
1974	297	215	337	135	451	92
1975	346	254	631	261	498	94
1976	331	225	660	226	411	91
1977	336	241	628	225	327	82

werden können. Die Ausbildungsplatzhöchstzahl bestimmt sich nach den im Haushaltsplan dafür vorgesehenen Mitteln. Die Zulassungsgrundsätze für die Studienseminare sehen vor, daß bis zu einem Zehntel der Plätze an Bewerber vergeben wird, die eine Ausbildung in solchen Fächern durchlaufen, für die ein besonderer Bedarf besteht. Ein weiteres

Seminarteilnehmer nach Ausbildungshalbjahren 1977

Ausbildung für das Lehramt ...	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	Im ... Ausbildungshalbjahr							
				1.		2.		3.		4.	
				zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich
an Grund- und Hauptschulen	828	356	472	257	159	302	235	269	78	-	-
des Fachlehrers an Grund- und Hauptschulen	66	10	56	46	36	-	-	20	20	-	-
an Realschulen	336	95	241	102	76	118	89	111	74	5	2
an Gymnasien	628	403	225	234	89	183	70	194	60	17	6
an berufsbildenden Schulen im höheren Dienst											
als Studienreferendar	312	234	78	90	24	95	17	122	36	5	1
als Angestellter in der pädagogischen Unterweisung	1	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-
an berufsbildenden Schulen im gehobenen Dienst											
des Fachschullehrers	9	6	3	2	1	2	-	1	-	4	2
des Fachlehrers (ohne Bürowirtschaft)	5	4	1	3	1	2	-	-	-	-	-
Insgesamt	2 185	1 109	1 076	734	386	702	411	717	268	32	11

am Studienseminar beginnen. Jeweils rund 100 Teilnehmer verließen auch nach den letzten beiden Prüfungsterminen im Juli 1976 und im Januar 1977 die Studienseminare mit bestandener Prüfung. Ebenso hohe Abgängerzahlen sind auch für die nächsten Prüfungstermine zu erwarten.

Die weiblichen Lehramtskandidaten haben überwiegend Fächerkombinationen mit Deutsch, Englisch, Französisch und Erdkunde gewählt, während bei ihren männlichen Kollegen Deutsch und Erdkunde am häufigsten in den Fächerkombinationen auftreten.

An den Studienseminaren für das Lehramt an Realschulen sind neben den Seminarleitern und deren Stellvertreter 65 hauptamtliche Fachleiter beschäftigt, außerdem noch 5 Lehrbeauftragte.

Sprachen bei Studienreferendarinnen am häufigsten

Die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien durchlaufen an den 6 dafür zur Verfügung stehenden Studienseminaren zur Zeit 628 Studienreferendare, von denen rund ein Drittel weiblichen Geschlechts sind. Pro Einstellungstermin waren seit

1976 jeweils rund 200 Bewerber zugelassen worden, ebenso viele verließen die Seminare nach bestandener Prüfung im Halbjahresrhythmus.

Bei den männlichen Studienreferendaren an den Studienseminaren für das Lehramt an Gymnasien überwiegen Fächerkombinationen mit Erdkunde, Deutsch, Geschichte, Mathematik und Physik. Bei den Studienreferendarinnen kommen neben Deutsch die Fächer Englisch und Französisch am häufigsten vor.

Die Unterweisung der Referendare liegt bei 149 hauptamtlichen und einem nebenamtlichen Fachleiter sowie 3 Lehrbeauftragten. Wie auch bei den übrigen Studienseminaren sind nicht nur die Fachleiter, sondern auch die Seminarleiter und deren Stellvertreter in der Mehrzahl Männer.

95% streben Lehramt im höheren Dienst an

An den 5 Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen werden derzeit 327 Teilnehmer ausgebildet, von denen 95% als Studienreferendare das Lehramt an berufsbildenden Schulen im höheren Dienst anstreben. Die übrigen wol-

Seminarteilnehmer nach Geburtsjahren 1977

Geburts- jahr	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	An Studienseminaren für das Lehramt an ...							
				Grund- und Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		berufsbildenden Schulen	
				zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich
1953											
und später	403	39	364	277	247	109	103	9	7	8	7
1952	347	101	246	220	148	69	54	38	27	20	17
1951	351	180	171	154	59	50	35	102	55	45	22
1950	351	221	130	105	33	38	15	144	63	64	19
1949	219	161	58	56	12	26	13	105	28	32	5
1948	168	132	36	25	8	18	7	76	17	49	4
1947	99	81	18	18	5	6	2	50	10	25	1
1946	50	43	7	6	1	2	-	29	5	13	1
1945	33	28	5	4	1	2	2	16	-	11	2
1944											
und früher	164	123	41	29	14	16	10	59	13	60	4
Insgesamt	2 185	1 109	1 076	894	528	336	241	628	225	327	82

Ausbildungsfach	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	Von Teilnehmern an Studienseminaren für das Lehramt an ... gewählt					
				Grund- und Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien	
				zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich
Religion, evangelisch	37	16	21	19	14	8	5	10	2
Religion, katholisch	71	42	29	26	12	7	4	38	13
Philosophie	9	6	3	-	-	-	-	9	3
Deutsch	562	240	322	274	168	108	78	180	76
Englisch	376	128	248	131	74	121	104	124	70
Französisch	152	38	114	-	-	56	55	96	59
Sonstige Sprachen	22	11	11	-	-	-	-	22	11
Geschichte	241	138	103	68	27	47	34	126	42
Erdkunde	368	196	172	91	40	122	86	155	46
Sozialkunde (Politik)	133	94	39	40	11	34	19	59	9
Wirtschaftslehre	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Mathematik	337	210	127	188	84	50	26	99	17
Physik	167	127	40	45	13	39	17	83	10
Chemie	107	54	53	40	22	16	12	51	19
Biologie	236	122	114	113	64	34	21	89	29
Sport/Leibeserziehung	297	158	139	203	101	22	17	72	21
Musik	87	39	48	58	36	4	2	25	10
Bildende Kunst	126	40	86	102	74	2	2	22	10
Textiles Gestalten	66	-	66	64	64	-	-	2	2
Grundschulpädagogik	217	44	173	217	173	-	-	-	-
Wirtschafts- und Arbeitslehre	124	35	89	124	89	-	-	-	-
Insgesamt	3 736	1 739	1 997	1 803	1 066	671	482	1 262	449

1) Fallzählung.

len entweder in den gehobenen Dienst als Fachschullehrer oder als Fachlehrer eintreten oder als Angestellte in der pädagogischen Unterweisung tätig werden. Der Anteil der Studienreferendarinnen, der bei einem Viertel liegt, hat sich gegenüber den vorangegangenen Jahren stark erhöht.

An den vorangegangenen beiden Einstellungsterminen wurden an den Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen 100 bis 120 Bewerber angenommen. Mit bestandener Abschlußprüfung gingen im Juli 1976 fast 160, im Januar 1977 insgesamt 115 Seminarteilnehmer ab.

Bei den Lehramtsanwärterinnen überwiegen Fächerkombinationen mit Deutsch, Englisch und Hauswirtschaft; bei ihren Kollegen sind am häufigsten Fächerkombinationen mit Betriebswirtschaft, Sozialkunde, Mathematik und Maschinenwesen vertreten.

Neben den Seminarleitern und deren Stellvertreter sind an den Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen 31 hauptamtliche sowie 12 nebenamtliche Fachleiter beschäftigt. Darüberhinaus unterrichten dort noch 30 Lehrbeauftragte.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Altersstruktur der hauptberuflichen Lehrer 1955-1976

An den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz hat sich seit 1955 die Zahl der hauptberuflichen Lehrkräfte wesentlich stärker erhöht als die Zahl der Schüler. Mit der Ausweitung des Lehrpersonals veränderte sich auch die Alters- und an manchen Schularten die Geschlechterrelation der Lehrer.

Die Veränderung der Altersgliederung bei den hauptberuflichen Lehrern ist in erster Linie auf die demographische Entwicklung zurückzuführen. So wirkten sich die geburtenschwachen Jahrgänge der 1930 bis 1935 Geborenen auf den Lehrerstand an den Grund- und Hauptschulen so aus, daß im Schuljahr 1965/66 die Altersgruppe der 30- bis 34jährigen, im Schuljahr 1976/77 die Gruppe der 40- bis 44jährigen relativ schwach besetzt sind. Die niedrige Zahl der zwischen 1910 und 1920 Geborenen, die sich durch die Verluste des Zweiten Weltkrieges noch weiter dezimierte, zeigte sich 1965/66 durch

die geringe Zahl der 45- bis 54jährigen. Im laufenden und in den kommenden Schuljahren werden sich diese Lehrer in den oberen Altersgruppen befinden. Aus der zahlenmäßig schwachen Besetzung dieser Jahrgänge resultiert, daß in den nächsten Jahren für relativ wenige altersbedingt ausscheidende Lehrkräfte Ersatzbedarf besteht. Diesem niedrigen Ersatzbedarf steht jedoch eine große Zahl von Lehramtsanwärtern aus den geburtenstarken Jahrgängen gegenüber.

73% der hauptberuflichen Lehrer an Grund- und Hauptschulen jünger als 45 Jahre

Insgesamt brachte die demographische Entwicklung eine Verjüngung des Lehrpersonals an den Grund- und Hauptschulen mit sich. In den fünfziger Jahren war die Hälfte der hauptberuflichen Lehrkräfte an den damaligen Volksschulen jünger als 45, in den sechziger Jahren stieg ihr Anteil auf

Schuljahr	Grund- und Hauptschulen			Realschulen			Gymnasien			Sonderschulen		
	Schüler	hauptberufliche Lehrer		Schüler	hauptberufliche Lehrer		Schüler	hauptberufliche Lehrer		Schüler	hauptberufliche Lehrer	
		insgesamt	weiblich		insgesamt	weiblich		insgesamt	weiblich		insgesamt	weiblich
1955/56	326 106	8 810	3 126	7 133	211	91	48 890	2 212	714	3 977	204	103
1956/57	328 255	8 794	3 171	7 400	232	106	47 719	2 247	710	3 969	213	108
1957/58	329 906	8 803	3 261	7 535	258	129	46 892	2 285	717	3 944	218	107
1958/59	337 430	8 937	3 453	8 146	282	140	47 675	2 347	729	4 356	235	107
1959/60	350 096	9 031	3 592	8 961	318	153	49 062	2 374	741	4 069	208	94
1960/61	366 958	9 332	3 860	9 575	350	161	51 317	2 463	764	4 464	226	96
1961/62	377 646	9 572	4 119	9 963	380	170	52 875	2 526	785	5 434	273	123
1962/63	386 176	9 842	4 420	11 361	417	186	55 585	2 569	795	5 846	297	141
1963/64	391 581	10 225	4 786	12 886	470	212	58 049	2 653	819	6 373	333	151
1964/65	392 005	10 153	4 793	14 825	536	243	62 152	2 727	828	6 633	343	159
1965/66	393 200	10 358	5 009	17 312	641	285	68 507	2 853	875	7 388	374	168
1966 K	391 993	11 347	5 769	20 111	762	333	74 505	3 045	925	7 821	441	224
1967 K	418 535	11 849	6 128	22 021	848	360	78 776	3 118	941	8 665	476	253
1967/68	403 871	12 257	6 419	25 945	997	415	85 994	3 295	1 004	9 036	558	304
1968/69	408 960	12 557	6 735	30 712	1 138	472	90 524	3 671	1 107	10 136	661	374
1969/70	417 317	13 211	7 281	34 397	1 325	556	90 988	3 956	1 207	11 862	851	466
1970/71	426 712	13 732	7 723	37 056	1 521	660	90 760	4 218	1 276	12 625	984	594
1971/72	431 322	14 555	8 346	39 937	1 705	753	94 096	4 471	1 386	13 821	1 124	688
1972/73	423 682	15 220	8 866	47 072	1 876	817	102 732	4 791	1 515	15 079	1 444	880
1973/74	416 587	15 592	9 104	51 862	2 057	943	108 520	5 108	1 660	16 632	1 607	987
1974/75	410 080	16 398	9 682	55 936	2 299	1 115	112 266	5 286	1 755	17 801	1 777	1 092
1975/76	409 696	16 356	9 730	59 929	2 382	1 196	115 947	5 417	1 825	18 680	1 902	1 170
1976/77	404 584	16 141	9 599	63 556	2 643	1 357	117 888	5 780	1 950	19 783	2 125	1 320

zwei Drittel. Im laufenden Schuljahr sind bereits drei von vier Lehrern an Grund- und Hauptschulen jünger als 45 Jahre.

In diesem Schuljahr ist allerdings die Altersgruppe der unter 25jährigen an den Grund- und Hauptschulen erstmals seit Jahren wieder sehr schwach besetzt. Denn zum 1. Februar 1976 wurde auch für die Anwärter auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen der Vorbereitungsdienst an Studienseminaren eingeführt. Damit hat sich die Ausbildung der Lehrkräfte um eineinhalb Jahre verlängert, so daß nur noch wenige Anwärter auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen vor Erreichen des 25. Lebensjahres in den Schuldienst eintreten werden.

Neben der Altersstruktur änderte sich auch die Geschlechterrelation der Lehrer. 1950/51 war jede dritte Lehrkraft an den Volksschulen eine Frau.

Hauptberufliche Lehrer 1976/77

Schulart	Ins- gesamt	Im Alter von ... Jahren					
		60	61	62	63	64	65
Grund- und Hauptschulen	16 141	110	140	93	61	61	9
Sonderschulen	2 125	6	7	4	4	5	3
Realschulen	2 643	7	15	9	3	2	5
Gymnasien	5 780	20	29	34	32	28	19
Insgesamt	26 689	143	191	140	100	96	36

Mehr Lehrerinnen als Lehrer gab es erstmals im Kurzschuljahr 1966. Auch danach stieg der Anteil der Frauen weiter und liegt nun bei 59,5%.

In den fünfziger Jahren waren die Frauen lediglich in der Altersgruppe der unter 25jährigen in der Mehrzahl, in den sechziger Jahren auch in der Altersgruppe der bis 29jährigen. Dies weist darauf hin, daß Lehrerinnen häufig ihre Ausbildung frü-

her beendeten als ihre männlichen Kollegen. Doch viele blieben nicht im Schuldienst, sondern schieden nach einigen Jahren aus familiären Gründen wieder aus. Ein Teil dieser Lehrerinnen trat dann im Alter zwischen 40 und 50 Jahren wieder in den Schuldienst ein.

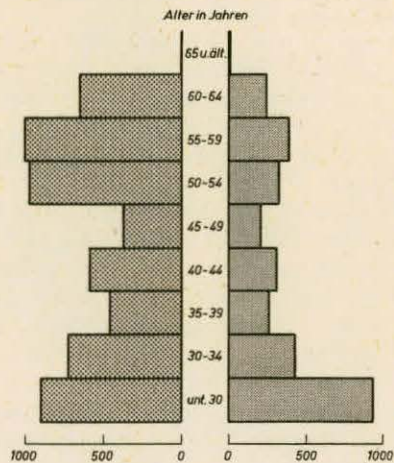
70% der Junglehrer sind Frauen

Mit dem verstärkten Zugang von Frauen in den Lehrberuf an Grund- und Hauptschulen stieg allmählich der Anteil der Frauen auch in den oberen Altersgruppen, eine Entwicklung, die bereits Ende der sechziger Jahre einsetzte. Im laufenden Schuljahr unterrichten an den Grund- und Hauptschulen bis zur Altersgruppe der 50- bis 54jährigen mehr Lehrerinnen als Lehrer. Lediglich in den darüberliegenden Altersjahrgängen stehen noch mehr Männer als Frauen im Schuldienst.

Dies ist unter anderem auch der Tatsache zuzuschreiben, daß diejenigen Mädchen, die den Lehrberuf an Grund- und Hauptschulen wählten, nach Erreichen dieses Ausbildungszieles auch an dieser Schulart blieben, während ihre männlichen Kollegen zum Teil auf andere Schularten überwechselten, beispielsweise auf Realschulen oder Gymnasien. Zwar scheiden nach wie vor zahlreiche Lehrerinnen schon nach wenigen Jahren aus dem Schuldienst aus, doch da der Anteil der Frauen in den Altersgruppen bis zu 30 Jahren inzwischen bei über 70% liegt, wird sich der Beruf des Lehrers an Grund- und Hauptschulen weiterhin zunehmend zu einem Frauenberuf entwickeln. Es zeichnet sich auch ab, daß Lehrerinnen, die heiraten und Kinder bekommen, ihren Beruf nicht mehr aufgeben, sondern als Teilzeitkräfte an den Schulen bleiben. Im laufenden Schuljahr sind fast zwei Drittel der hauptberuflichen Teilzeitlehrer an den Grund- und Hauptschulen Frauen im Alter zwischen 30 und 39 Jahren.

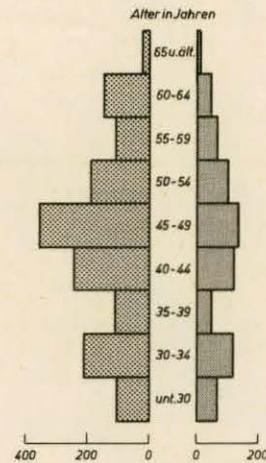
Altersstruktur der hauptberuflichen Lehrer an Grund- und Hauptschulen und an Gymnasien 1955 - 1976

Grund- und Hauptschulen

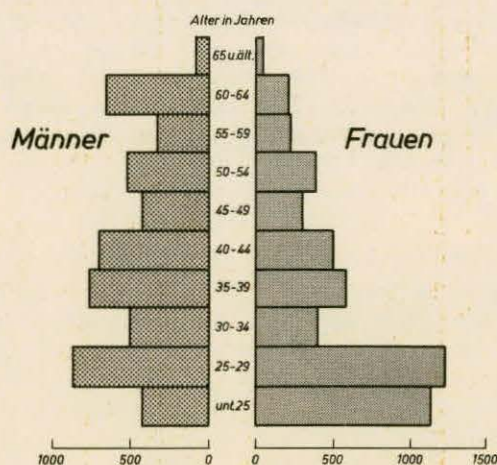


1955/56

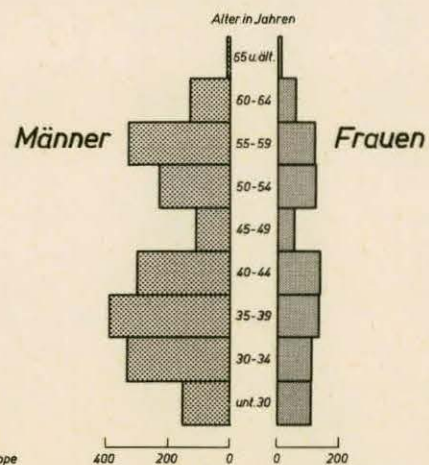
Gymnasien



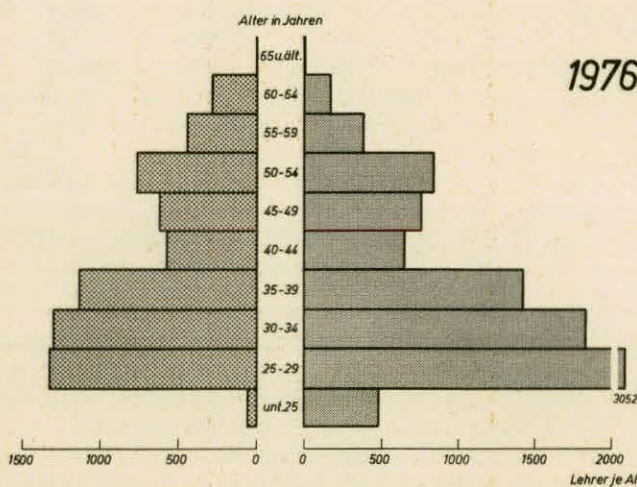
Lehrer je Altersgruppe



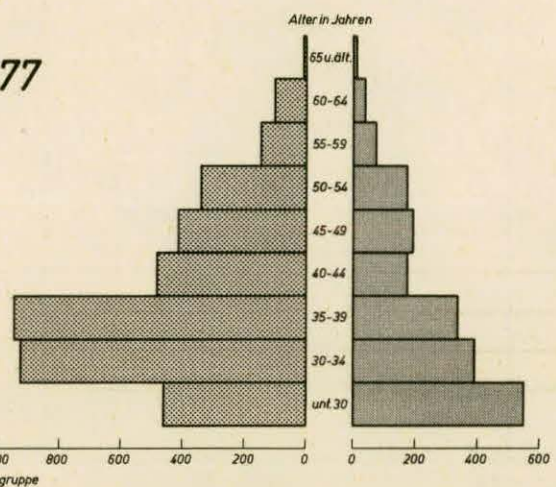
1965/66



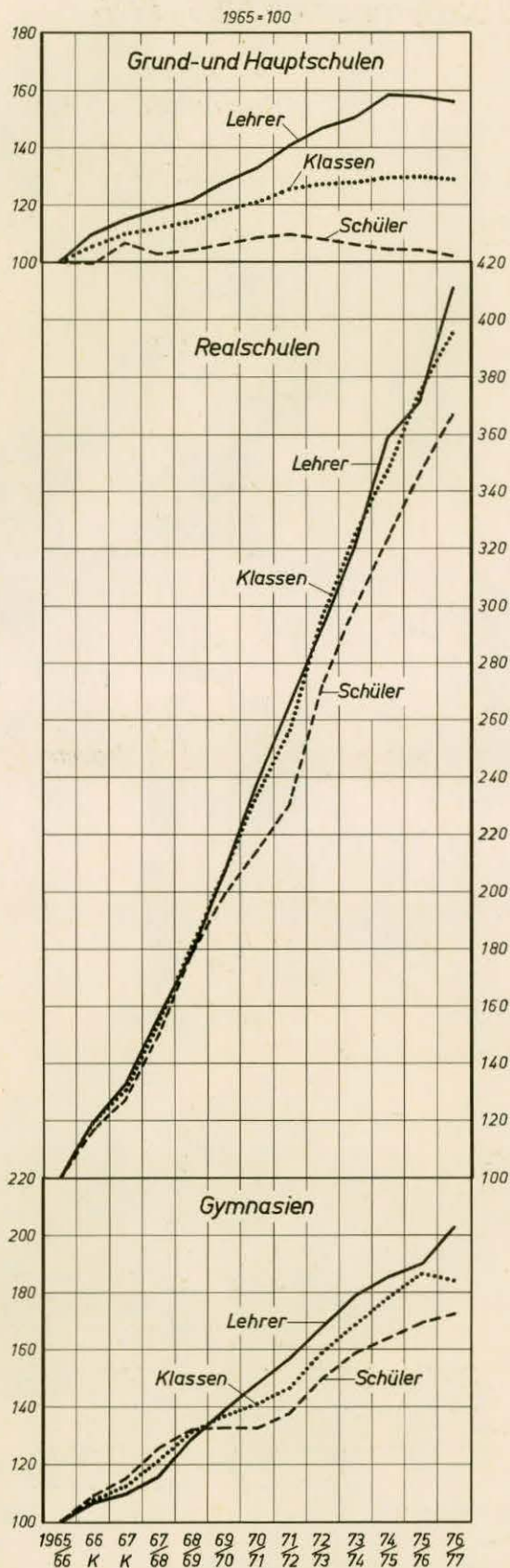
Lehrer je Altersgruppe



1976/77



Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen 1965-1976



Enorme Entwicklung im Bereich der Realschulen

Von 1955 bis heute hat sich an den Realschulen des Landes die Schülerzahl verneunfacht. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Lehrer auf das 13fache. Der enorme Ausbau des Realschulwesens brachte auch hier eine Verjüngung des Lehrerstandes mit sich. Von den rund 200 hauptberuflichen Lehrern, die 1955 an dieser Schulart unterrichteten, war nur ein Drittel jünger als 45 Jahre. Im laufenden Schuljahr ist von den 2 600 Realschullehrern nur jeder siebente 45 Jahre oder älter.

Der Wandel in der Geschlechterstruktur vollzog sich an den Realschulen etwas anders als an den Grund- und Hauptschulen. 1955/56 waren rund zwei Fünftel aller hauptberuflichen Lehrer an Realschulen weiblichen Geschlechts. In den Folgejahren blieb ihr Anteil nahezu konstant, obwohl mehr Frauen als Männer von den Hochschulen bzw. den Studienseminaren in den Schuldienst traten. Doch auch hier gaben viele Frauen den Beruf aus familiären Gründen wieder auf, so daß der Anteil der Lehrerinnen in den Altersgruppen der über 30jährigen wieder zurückging. Gleichzeitig wechselte auch ein Teil der Lehrer an Grund- und Hauptschulen in das Lehramt an Realschulen über, wobei sich in der Regel Männer eher zu diesem Schritt entschlossen als Frauen.

Da jedoch auch das Realschullehramt verstärkt von Frauen angestrebt wird, ist der Anteil der Lehrerinnen im laufenden Schuljahr wieder auf 51,3% angestiegen. Hier scheint sich eine ähnliche Entwicklung anzubahnen wie an den Grund- und Hauptschulen. Es wird eine zunehmende Feminisierung auch dieses Lehrberufs einsetzen.

Frauenanteil nahezu konstant geblieben

An den Gymnasien verlief die Entwicklung der Schüler- und auch der Lehrerzahlen wesentlich ruhiger als an den Realschulen. An diesen Schulen werden zur Zeit 2,4mal so viele Schüler unterrichtet als 1955, die Zahl der Lehrer ist 2,6mal so hoch wie damals.

Da aber auch die Zahl der Hochschulabgänger, die das Lehramt an Gymnasien anstreben, in den vergangenen Jahren stark anstieg, ist es im gymnasialen Bereich ebenfalls zu einem Austausch in der Altersgliederung gekommen. 1955/56 war gut die Hälfte aller hauptberuflichen Lehrkräfte an Gymnasien zwischen 40 und 54 Jahren alt. Zehn Jahre später war knapp die Hälfte der Lehrer 30 bis 44 Jahre. Im laufenden Schuljahr ist am stärksten die Gruppe der 25- bis 39jährigen besetzt, die drei Fünftel des Lehrpersonals ausmacht.

Der Anteil der Frauen ist an den Gymnasien in den zurückliegenden Jahren nahezu konstant geblieben. Zwar waren im Schuljahr 1950/51 zwei von fünf Lehrkräften Frauen, ein Umstand, der überwiegend auf die Kriegsfolgen zurückzuführen sein dürfte. In den Folgejahren sank der Frauenanteil jedoch leicht ab und stieg erst wieder in den siebziger Jahren. Zur Zeit sind ein Drittel aller hauptberuflichen Lehrkräfte an Gymnasien Frauen, wo-

Altersstruktur der hauptberuflichen Lehrer
an Realschulen 1976/77

Altersgruppe	Insgesamt		Weiblich		Anteil der Frauen
	Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 25 Jahre	114	4,3	101	7,4	88,6
25 - 29 "	759	28,7	571	42,1	75,2
30 - 34 "	600	22,7	315	23,2	52,5
35 - 39 "	543	20,5	176	13,0	32,4
40 - 44 "	242	9,2	77	5,7	31,8
45 - 49 "	166	6,3	46	3,4	27,7
50 - 54 "	126	4,8	40	2,9	31,7
55 - 59 "	52	2,0	16	1,2	30,8
60 - 64 "	36	1,4	11	0,8	30,6
65 u. mehr "	5	0,2	4	0,3	80,0
Insgesamt	2 643	100,0	1 357	100,0	51,3

bei auch hier ihr Anteil in den unteren Altersgruppen relativ hoch ist. Von den Lehrern an Gymnasien, die jünger als 30 Jahre sind, ist seit 1973 jeder zweite weiblichen Geschlechts. In den darüberliegenden Altersgruppen dominieren jedoch die Männer stark.

Die Altersstruktur der Lehrer an Gymnasien weicht in den unteren Altersgruppen erheblich von den entsprechenden Gliederungen in den Grund- und Hauptschulen und in den Realschulen ab. An den Gymnasien unterrichten nur wenige Lehrer, die jünger als 25 Jahre sind, und auch noch relativ wenige im Alter zwischen 25 und 29 Jahren, während an den Grund- und Hauptschulen und an den Realschulen diese Altersgruppen am stärksten besetzt sind. Dies ist in erster Linie auf die längere Ausbildung der Lehrer an Gymnasien zurückzuführen.

Zwei Fünftel jünger als 30 Jahre

Die aktuellen Daten über die Sonderschulen lassen sich nur bedingt mit dem Zahlenmaterial der fünfziger Jahre vergleichen, da damals behinderte Schüler vielfach in sogenannten Hilfsschulklassen an den damaligen Volksschulen unterrichtet wurden. Die Schüler und die sie unterrichtenden Lehrer wurden nicht getrennt ausgewiesen. Geht man

von den Zahlen über die 1955 bestehenden Sonderschulen aus, dann hat sich seit damals die Zahl der Schüler verfünffacht. Zur Unterrichtung der Schüler stehen zehnmal so viele Lehrer zur Verfügung.

Auch in diesem Bereich hat sich der Lehrerstand stark verjüngt. Waren 1955 noch 43% aller Lehrer an Sonderschulen jünger als 45 Jahre, so waren es zehn Jahre später schon zwei Drittel. Im Schuljahr 1976/77 sind 82% aller hauptberuflichen Lehrer an Sonderschulen jünger als 45 Jahre, fast 42% jünger als 30 Jahre. Diese Entwicklung ist auch hier auf den verstärkt betriebenen Ausbau dieses Schulbereichs, verbunden mit der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Attraktivität des Lehrberufs zurückzuführen, aber auch darauf, daß die pädagogischen Unterrichtshilfen, die ebenfalls zu den hauptberuflichen Lehrern zählen, überwiegend junge Frauen sind.

Das Lehramt an Sonderschulen entwickelt sich gleichfalls - wie das Lehramt an Grund- und Haupt-

Altersstruktur der hauptberuflichen Lehrer
an Sonderschulen 1976/77

Altersgruppe	Insgesamt		Weiblich		Anteil der Frauen
	Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 25 Jahre	307	14,4	287	21,7	93,5
25 - 29 "	585	27,5	403	30,5	68,9
30 - 34 "	401	18,9	185	14,0	46,1
35 - 39 "	310	14,6	136	10,3	43,9
40 - 44 "	144	6,8	73	5,5	50,7
45 - 49 "	148	7,0	83	6,3	56,1
50 - 54 "	147	6,9	95	7,2	64,6
55 - 59 "	54	2,5	35	2,7	64,8
60 - 64 "	26	1,2	20	1,5	76,9
65 u. mehr "	3	0,1	3	0,2	100,0
Insgesamt	2 125	100,0	1 320	100,0	62,1

schulen - zu einem Frauenberuf. In allen Altersgruppen der Sonderschullehrer sind mehr Frauen als Männer zu finden. Eine Ausnahme bildet dabei die Gruppe der 30- bis 34jährigen, in der die Männer in der Mehrzahl sind.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Teilnahme am Religions- und Ethikunterricht 1976

Religionsunterricht ist an allen Schulen in Rheinland-Pfalz - ausgenommen einige wenige Schulformen des berufsbildenden Bereichs - ordentliches Lehrfach. Dies bestimmt die Verfassung für Rheinland-Pfalz. Allerdings kann die Teilnahme am Religionsunterricht von den Eltern der Schüler durch Willenserklärung abgelehnt werden. Hat der Schüler das 18. Lebensjahr vollendet, kann er dies auch selbst tun. Die Ablehnung zur Teilnahme am Religionsunterricht muß zu Beginn eines Schuljahres erfolgen. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung gilt nur dann, wenn ein Schüler während eines Schuljahres aus seiner Kirche oder Religionsgemeinschaft austritt. Die Teilnahme am Religionsunterricht ist dann ab diesem Zeitpunkt nicht mehr

verpflichtend. Die Landesverfassung von Rheinland-Pfalz sieht jedoch vor, daß diejenigen Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, Unterricht über „die allgemein anerkannten Grundsätze des natürlichen Sittengesetzes“ erhalten (Artikel 35 der Verfassung von Rheinland-Pfalz).

Erstmals 1973 wurde von der amtlichen Statistik an den allgemein- und den berufsbildenden Schulen erfragt, wie viele Schüler am Religions- bzw. Ersatzunterricht, dem Ethikunterricht, teilnehmen. Eine Befragung zur Situation des Religionsunterrichts war auch schon von den Kirchen als Sondererhebung durchgeführt worden. Diese beiden Erhebungen wurden 1975 zusammengefaßt und auch 1976 wieder durchgeführt, und zwar an den allge-

Anteil katholischer und evangelischer Schüler nach Schularten
1973 - 1976

Schulart	Schuljahr			
	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77
Anteil katholischer Schüler				
Grund- und Hauptschulen	59,5	59,4	59,2	59,0
Sonderschulen	58,5	58,4	58,8	58,9
Realschulen	61,2	61,4	61,2	61,6
Gymnasien	59,5	59,3	58,8	58,4
Integrierte Gesamtschulen	29,3	32,7	39,3	42,6
Berufsbildende Schulen	.	.	59,2	60,7
Anteil evangelischer Schüler				
Grund- und Hauptschulen	38,4	38,3	38,2	38,2
Sonderschulen	40,4	40,3	39,9	39,7
Realschulen	37,7	37,5	37,7	37,1
Gymnasien	39,0	39,2	39,8	40,0
Integrierte Gesamtschulen	67,0	64,1	57,6	55,5
Berufsbildende Schulen	.	.	39,0	37,5

meinbildenden Schulen zum 1. Oktober, an den berufsbildenden Schulen zum 15. Oktober. Der Teil des Fragebogens, der für das Kultusministerium von Interesse ist, wird vom Statistischen Landesamt ausgewertet, während die Kirchen die nur sie interessierenden Fragenkomplexe bearbeiten. Die jeweils erstellten Daten werden dann ausgetauscht.

Nur wenige Abmeldungen vom Religionsunterricht

Gleichzeitig wird mit dieser Erhebung auch erfragt, welcher Religionsgemeinschaft die Schüler der einzelnen Schularten angehören. Entsprechend der Verteilung der Religionszugehörigkeiten in der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz sind auch an allen Schularten des Landes die Katholiken in der Mehrheit. Eine Ausnahme davon bilden die beiden Integrierten Gesamtschulen, deren Schüler überwiegend (55,5%) evangelisch sind. Da jedoch die Integrierte Gesamtschule mit der größten Schülerzahl (1 227 von 1 713 Schülern der Integrierten Gesamtschulen) in Kaiserslautern besteht, ist diese Tatsache nicht weiter verwunderlich; denn in Kaiserslautern überwiegt der Anteil der evangelischen Bevölkerung gegenüber der katholischen relativ stark.

An den übrigen Schularten zeigt die Verteilung der Schüler nach ihrer Religionszugehörigkeit kaum Abweichungen von der Religionsstruktur der Gesamtbevölkerung. Lediglich an den Gymnasien ist der Anteil der Katholiken minimal unterrepräsentiert, während er an den Realschulen und berufsbildenden Schulen geringfügig überrepräsentiert ist.

Die Auswertung der Ergebnisse über die Teilnahme am Religionsunterricht zeigt, daß in Rheinland-Pfalz nur sehr wenige der Schüler von der Möglichkeit zur Abmeldung vom Religionsunterricht Gebrauch machen. An den Grund- und Hauptschulen, den Sonderschulen, Realschulen und Integrierten Gesamtschulen bewegt sich der Anteil der Schüler, die sich abgemeldet haben, im laufenden Schuljahr in einer Größenordnung von 0,1 bis 1,25%. Seit 1973 stieg die Zahl der vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler an den Grund- und Hauptschulen von 171 auf 790 bei einer Gesamtschülerzahl im laufenden Schuljahr von 404 584 Schülern. In den Sonderschulen sind von 19 783

Schülern gerade 249 abgemeldet, in den Realschulen von 63 556 nur 473 Schüler.

Anteil an den Gymnasien etwas höher

Bei den Gymnasien fallen die Abmeldungen etwas stärker ins Gewicht. Dort haben sich 1973 etwa 2,3% aller Schüler vom Religionsunterricht abgemeldet. 1975 stieg ihr Anteil auf 2,7%, sank jedoch im laufenden Schuljahr wieder auf 2,3% ab. Zahlenmäßig ausgedrückt bedeutet dies, daß 1973 von 109 214 Gymnasiasten 2 465 vom Religionsunterricht abgemeldet waren, während es 1976 von 117 888 Schülern 2 679 sind.

An Grund- und Hauptschulen, an Realschulen und Gymnasien ist sowohl die Zahl als auch der Anteil der Schüler, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben, bei den evangelischen Jugendlichen größer als bei den katholischen. Bei den Sonderschulen sind die Anteilsrelationen umgekehrt. Keinerlei Abmeldungen vom katholischen oder evangelischen Religionsunterricht gibt es im laufenden Schuljahr bei den beiden Integrierten Gesamtschulen des Landes.

Doch nicht nur die Abmeldung vom Religionsunterricht bedingt es, daß nicht alle Schüler am Religionsunterricht ihres Glaubensbekenntnisses teilnehmen. Viel häufiger ist die Unterrichtung der Schüler im Fach Religion aus anderen Gründen nicht möglich. So kann beispielsweise aus Lehrer- oder aus Raummangel an manchen Schulen kein Religionsunterricht erteilt werden. Oftmals ist auch die Zahl der Schüler, die Religionsunterricht erhalten sollen, so gering, daß die Meßzahl zur Bildung einer Klasse nicht erreicht wird. Etliche Schüler gehören auch keiner Religionsgemeinschaft an, so daß sie nicht am entsprechenden Unterricht teilnehmen. Der Anteil der Schüler, die aus diesen Gründen nicht im Fach Religion unterrichtet werden, ist an allen Schularten wesentlich höher als der Anteil der abgemeldeten Schüler. Mit 2,1% und 4% ist der Anteil an den Grund- und Hauptschulen und an den Realschulen noch relativ niedrig. An den Gymnasien, Sonderschulen und Integrierten Gesamtschulen liegt er mit 5,3 bis 6,8% deutlich höher. Insgesamt sind es an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz 18 394 Schüler, die aus anderen Gründen als denen der Abmeldung nicht am Religionsunterricht teilnehmen.

An allen Schularten ist bei den evangelischen Schülern der Anteil derer, die aus sonstigen Gründen nicht im Fach Religion unterrichtet werden, höher als bei den Katholiken. Das Nichterreichen der Klassenmeßzahl und auch Lehrermangel können dafür als Hauptgründe angenommen werden.

Geringster Stundenausfall an Grund- und Hauptschulen

Eine besondere Situation ergibt sich an den berufsbildenden Schulen. Dort ist der Religionsunterricht ebenfalls ordentliches Lehrfach, allerdings fallen einige Schulformen nicht unter diese Bestimmung, wie etwa die Fachschulen - ausgenommen die Fachschulen für Sozialpädagogik - und die Berufsaufbauschule Polizei. Auch an einigen anderen

Schüler nach Schularten, Religionszugehörigkeit und Teilnahme am Religionsunterricht 1976

Religions- zugehörigkeit	Schüler			Am Religionsunterricht nehmen teil		Am Religionsunterricht nehmen nicht teil wegen					
						Abmeldung		Religions- losigkeit		sonstige Gründe	
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich
Grund- und Hauptschulen											
Römisch-katholisch	238 714	123 944	114 770	238 169	114 494	98	53	-	-	447	223
Evangelisch	154 425	79 988	74 437	152 592	73 543	125	61	-	-	1 708	833
Jüdisch	28	18	10	11	2	4	2	-	-	13	6
Sonstige Religions- gemeinschaften	8 713	4 402	4 311	3 990	1 972	463	214	-	-	4 260	2 125
Religionslos und ohne Angabe	2 704	1 436	1 268	674	329	99	46	1 778	830	153	63
I n s g e s a m t	404 584	209 788	194 796	395 436	190 340	789	376	1 778	830	6 581	3 250
Sonderschulen											
Römisch-katholisch	11 646	6 820	4 826	10 891	4 534	195	79	-	-	560	213
Evangelisch	7 849	4 731	3 118	7 357	2 919	47	24	-	-	445	175
Jüdisch	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Religions- gemeinschaften	219	132	87	119	42	7	4	-	-	93	41
Religionslos und ohne Angabe	69	41	28	22	12	-	-	45	16	2	-
I n s g e s a m t	19 783	11 724	8 059	18 389	7 507	249	107	45	16	1 100	429
Realschulen											
Römisch-katholisch	39 169	17 781	21 388	38 192	20 843	159	94	-	-	818	451
Evangelisch	23 604	11 097	12 507	22 139	11 792	215	112	-	-	1 250	603
Jüdisch	2	-	2	-	-	-	-	-	-	2	2
Sonstige Religions- gemeinschaften	511	229	282	184	103	85	46	-	-	242	133
Religionslos und ohne Angabe	270	137	133	22	12	14	4	222	112	12	5
I n s g e s a m t	63 556	29 244	34 312	60 537	32 750	473	256	222	112	2 324	1 194
Gymnasien											
Römisch-katholisch	68 897	34 716	34 181	65 498	32 597	1 064	609	-	-	2 335	975
Evangelisch	47 194	24 168	23 026	43 000	21 084	1 385	682	-	-	2 809	1 260
Jüdisch	13	7	6	2	-	4	3	-	-	7	3
Sonstige Religions- gemeinschaften	973	515	458	347	166	149	52	-	-	477	240
Religionslos und ohne Angabe	811	412	399	135	58	77	29	529	285	70	27
I n s g e s a m t	117 888	59 818	58 070	108 982	53 905	2 679	1 375	529	285	5 698	2 505
Integrierte Gesamtschulen											
Römisch-katholisch	729	371	358	691	337	-	-	-	-	38	21
Evangelisch	951	493	458	881	419	-	-	-	-	70	39
Jüdisch	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Sonstige Religions- gemeinschaften	25	14	11	11	7	11	3	-	-	3	1
Religionslos und ohne Angabe	6	4	2	-	-	-	-	6	2	-	-
I n s g e s a m t	1 713	884	829	1 583	763	13	3	6	2	111	61
Berufsbildende Schulen											
Römisch-katholisch	74 002	42 433	31 569	51 349	22 873	617	216	-	-	22 036	8 480
Evangelisch	45 670	25 676	19 994	25 746	12 077	502	191	-	-	19 422	7 726
Jüdisch	6	4	2	2	-	-	-	-	-	4	2
Sonstige Religions- gemeinschaften	1 444	859	585	247	87	34	15	-	-	1 163	483
Religionslos und ohne Angabe	766	519	247	98	33	31	17	518	163	119	34
I n s g e s a m t	121 888	69 491	52 397	77 442	35 070	1 184	439	518	163	42 744	16 725

Klassen und Schüler mit Ethikunterricht

Schulart	Klassen/ Gruppen mit Ethik- unterricht	Schüler mit Ethikunterricht		
		ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
Grund- und Hauptschulen	8	115	62	53
Sonderschulen	33	562	326	236
Realschulen	12	166	72	94
Gymnasien	217	3 303	1 653	1 650
Integrierte Gesamtschulen	5	114	52	62
Berufsbildende Schulen	61	1 123	687	436
Insgesamt	336	5 383	2 852	2 531

Schulen, wie zum Beispiel Fremdsprachenschulen, wird kein Religionsunterricht erteilt. An den berufsbildenden Schulen, an denen das Fach Religion ordentliches Lehrfach ist, erhalten 63,5% der Schüler auch eine entsprechende Unterweisung. 1% der Schüler meldete sich für das Schuljahr 1976/77 vom Religionsunterricht ab, während über einem Drittel der Schüler aus sonstigen Gründen kein Religionsunterricht erteilt wird.

Um den Umfang des Ausfalls an Religionsunterricht zu ermitteln, werden die Schulen darüber befragt, wie viele Unterrichtsstunden in den für den Religionsunterricht gebildeten Klassen erteilt werden müßten. Dabei sollten sich die Schulen nach den Stundentafeln über das Unterrichtssoll in den einzelnen Fächern richten. Diesem Unterrichtssoll wird die Zahl der tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden in Religionsunterricht gegenübergestellt, woraus sich der Stundenausfall als Negativsaldo ergibt.

Für die berufsbildenden Schulen ergab sich der größte Stundenausfall, und zwar im Fach katholische Religion mit einem Fehlbetrag von 34% der Stunden und im Fach evangelische Religion sogar

von 46%. Auffälligerweise ist an allen Schularten der Stundenausfall im evangelischen Religionsunterricht relativ höher als im katholischen. Allerdings ist der Ausfall an keiner Schulart so hoch wie an den berufsbildenden Schulen. Den relativ geringsten Stundenausfall haben die Grund- und Hauptschulen. Dort fallen 7,6% des katholischen und 13,6% des evangelischen Unterrichts aus. Ebenfalls ein relativ geringer Stundenausfall ist an den Gymnasien zu verzeichnen (8,2% katholischer Unterricht, 13,6% evangelischer Unterricht). Der Stundenausfall ist unabhängig davon, ob es sich um Privatschulen oder um öffentliche Schulen handelt. Die jeweiligen Werte differieren nur unwesentlich.

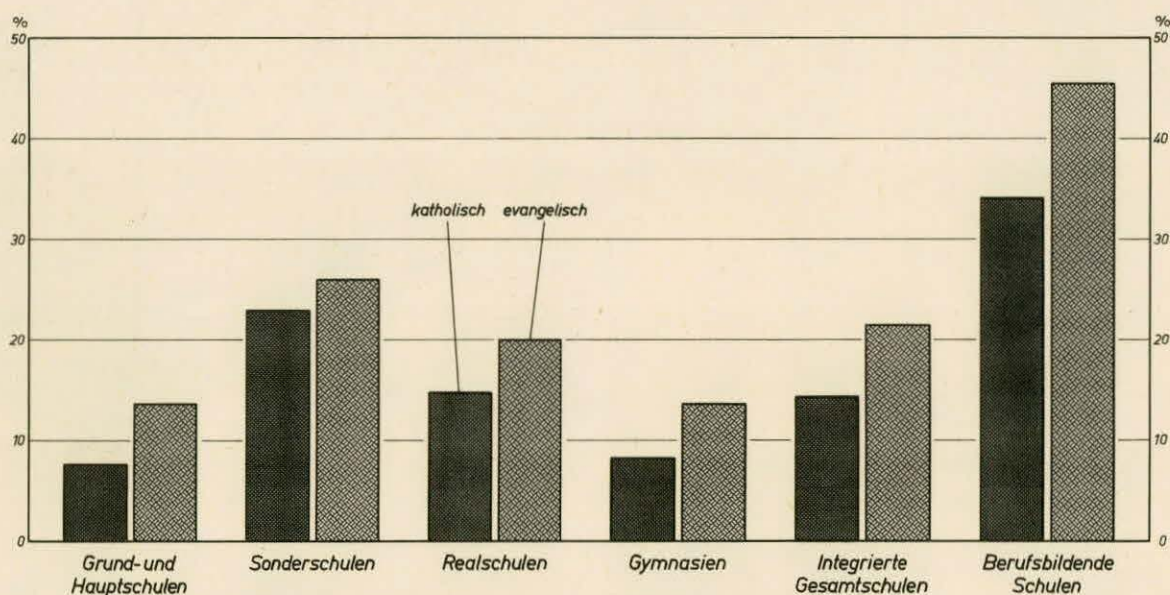
Rund 5 400 Schüler erhalten Ethikunterricht

Die Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sollen stattdessen laut Landesverfassung Ersatzunterricht, den Ethikunterricht, erhalten. Wie die Erhebung im Jahre 1973 zeigte, waren an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz 212 Klassen für Ethikunterricht eingerichtet, an denen 2 804 Schüler unterrichtet wurden. Im laufenden Schuljahr hat sich die Klassen- bzw. Gruppennzahl auf 275 erhöht und es wird 4 260 Schülern Ethikunterricht erteilt. Über zwei Drittel dieser Schüler besuchen die Sekundarstufe II der Gymnasien.

Seit 1973 hat sich auch an den berufsbildenden Schulen die Zahl der Klassen mit Ethikunterricht von 53 auf 61 erhöht, die Zahl der beteiligten Schüler stieg von 933 auf 1 123 an. Doch sind damit längst nicht alle Schüler erfaßt, die keinen Religionsunterricht erhalten.

Den Unterricht im Fach Ethik erteilen an den allgemeinbildenden Schulen 185 Lehrer und 30 Geistliche bzw. Katecheten. An den berufsbildenden

Unterrichtsausfall in katholischem und evangelischem Religionsunterricht 1976



Schulen unterrichten weitere 27 Lehrer und 11 Geistliche bzw. Katecheten in diesem Fach. Der überwiegende Teil dieser Lehrkräfte hat auch die Lehrbefähigung für katholischen oder evangelischen Religionsunterricht.

Schülern, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, steht es offen, sich dennoch am Religions-

unterricht zu beteiligen. Ebenso ist es Schülern freigestellt, am Religionsunterricht anderer Glaubensbekenntnisse teilzunehmen. An den allgemein- und berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz erhalten fast 1 000 gemeinschaftslose Schüler Religionsunterricht.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Verunglückte Kinder und Jugendliche 1976

Nach Rückgang in den Jahren 1973 und 1974 erneuter Anstieg der Verunglücktenziffer

Von dem erneuten Anstieg der Zahl der auf den rheinland-pfälzischen Straßen verunglückten Personen im vergangenen Jahr um 5,1% auf 31 375 blieben auch die Kinder unter 15 Jahren nicht verschont. Intensive Bemühungen auf dem Gebiet der Verkehrserziehung sowie rechtliche Vorschriften, wie die Anlegepflicht von Sicherheitsgurten und die Vorschrift, daß Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr nicht auf den Vordersitzen mitgenommen werden dürfen, konnten nicht verhindern, daß sich die Zahl der im Straßenverkehr getöteten und verletzten Kinder 1976 nochmals um 223 oder 6,3% auf 3 770 erhöhte. Diese Entwicklung erscheint noch bedenklicher, wenn man berücksichtigt, daß sich die Wohnbevölkerung in dieser Altersklasse im Laufe des Jahres 1976 um 31 000 oder 3,9% verringert hat. Damit scheint der in den Jahren 1973 und 1974 beobachtete Rückgang der Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Kinder zum Stillstand gekommen zu sein. Während sich von 1973 bis 1975 die Zahl der Verkehrstoten und die der Schwerverletzten dieser Altersgruppe ständig verringert hatte, nahm die Zahl der Leichtverletzten bereits 1975 gegenüber dem Vorjahr erheblich zu. Diese Entwicklung setzte sich 1976 insofern fort, als sich die Zahl

der Kinder, die bei den Unfällen mit nur leichten Verletzungen davonkamen, stärker erhöhte (+ 176 oder 8,2%) als die der Schwerverletzten (+ 41 oder 3,1%). Allerdings nahm auch die Zahl der tödlich Verunglückten um 6 wieder bedenklich zu.

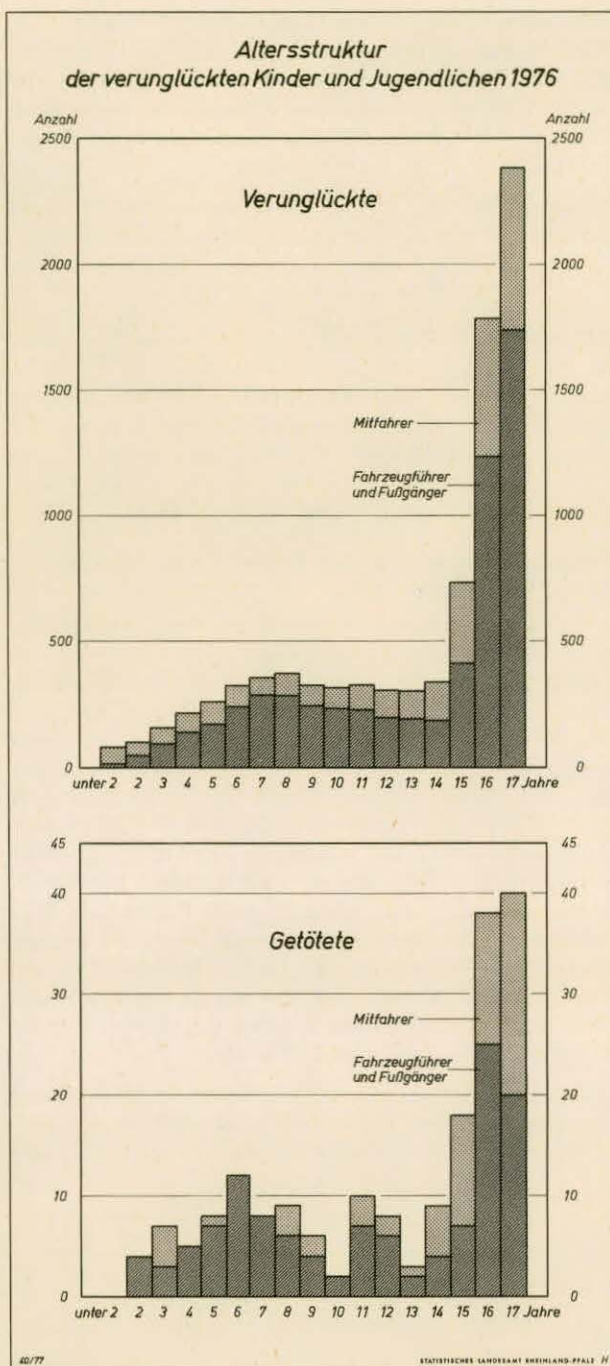
Vergleichsweise günstige Entwicklung bei den Sechs- bis Neunjährigen

An der negativen Entwicklung der Verunglücktenziffer der Kinder waren vor allem die Zehn- bis 14jährigen beteiligt, von denen 10,7% mehr zu Schaden kamen als im Vorjahr. Während die Zahl der verletzten und getöteten Kleinkinder unter sechs Jahren um 4,5% ebenfalls noch beachtlich anstieg, ist bei der Gruppe der Sechs- bis Neunjährigen, die die Schulanfänger enthält, mit + 2,6% vergleichsweise noch die günstigste Entwicklung zu beobachten. Die Zahl der verunglückten ABC-Schützen (Sechsjährige) ging sogar um 10,1% zurück. Hier wirkt sich allerdings auch der seit über zehn Jahren beobachtete Rückgang der Geburtenhäufigkeit auf das Unfallgeschehen aus. So nahm die Zahl der sechs- bis neunjährigen Kinder um 6,6%, die der Sechsjährigen sogar um 10,6% ab.

Differenziert man nach dem Grad der Verletzung, so verschiebt sich das Bild. Zu der günstigen Entwicklung bei den Sechs- bis Neunjährigen trug aus-

Verunglückte nach Altersgruppen 1967 - 1976

Jahr	Ins- gesamt	Im Alter von ... Jahren								
		unter 6	6 - 9	10 - 14	unter 15	15 - 17	unter 18	18 - 20	21 - 64	65 und mehr
Anzahl										
1967	30 495	1 113	1 517	1 283	3 913	2 200	6 113	3 781	18 365	1 401
1968	30 964	1 079	1 488	1 244	3 811	2 266	6 077	3 986	18 628	1 460
1969	30 090	990	1 468	1 191	3 649	2 199	5 848	4 362	17 699	1 391
1970	33 851	1 143	1 581	1 403	4 127	2 440	6 567	4 750	20 040	1 618
1971	32 887	1 012	1 435	1 487	3 934	2 675	6 609	4 754	18 959	1 627
1972	34 330	1 071	1 695	1 449	4 215	2 675	6 890	5 316	19 624	1 689
1973	31 794	943	1 460	1 489	3 892	2 895	6 787	4 820	18 195	1 681
1974	28 772	711	1 359	1 397	3 467	3 087	6 554	4 528	15 669	1 679
1975	29 840	777	1 337	1 433	3 547	3 769	7 316	5 236	15 624	1 652
1976	31 375	812	1 372	1 586	3 770	4 305	8 075	5 490	16 049	1 737
1966 = 100										
1967	102,8	101,4	115,6	107,5	108,6	105,3	107,4	113,9	99,1	101,4
1968	104,4	98,3	113,4	104,2	105,7	108,5	106,7	120,1	100,5	105,6
1969	101,4	90,2	111,9	99,7	101,2	105,3	102,7	131,4	95,5	100,7
1970	114,1	104,1	120,5	117,5	114,5	116,8	115,4	143,1	108,1	117,1
1971	110,9	92,2	109,4	124,5	109,2	128,1	116,1	143,2	102,3	117,7
1972	115,7	97,5	129,2	121,4	117,0	128,1	121,0	160,1	105,8	122,2
1973	107,2	85,9	111,3	124,7	108,0	138,6	119,2	145,2	98,1	121,6
1974	97,0	64,8	103,6	117,0	96,2	147,8	115,1	131,1	84,7	121,5
1975	100,6	70,8	101,9	120,0	98,4	180,4	128,5	157,7	84,3	119,5
1976	105,8	74,0	104,6	132,8	104,6	206,1	141,8	165,4	86,6	125,7



schließlich der Rückgang der Zahl der Schwerverletzten um 7,3% bei. Der Umstand, daß sich hier die Verkehrstoten gleichzeitig um 8 oder 29,6% erhöhten, läßt dies jedoch in einem anderen Licht erscheinen. Demgegenüber verringerte sich die Zahl der Getöteten unter den verunglückten Kleinkindern um 12 oder 33,3%. Bei den größeren Kindern zwischen zehn und 14 Jahren ergaben sich dagegen sowohl bei den Getöteten als auch bei den Schwer- und Leichtverletzten überdurchschnittliche Zuwachsraten, und zwar zwischen + 9 und + 45%.

Starke Zunahme der Zahl der verunglückten Radfahrer und Mitfahrer

Auch nach der Art der Verkehrsbeteiligung sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Während sich

die Zahl der verunglückten Radfahrer (+ 11,1%) und Mitfahrer (+ 12,2%) erheblich vergrößerte, ist bei den Fußgängern ein geringfügiger Rückgang um 8 (— 0,5%) zu beobachten, der sich jedoch auf die Altersgruppe unter zehn Jahre beschränkte. Die erfreulichste Entwicklung zeigte sich bei den als Fußgängern verunglückten Kindern unter 6 Jahren, deren Anzahl sich gegenüber dem Vorjahr um 6,0% verringerte. Während die Zahl der Sechs- bis Neunjährigen, die als Fußgänger im Straßenverkehr verunglückten, ebenfalls zurückging, und zwar um 9 oder 1,3%, erhöhte sich die Zahl der zehn- bis 14jährigen Kinder um 7,6%. Bei den Radfahrern war, auch bedingt durch die höhere Verkehrsbeteiligung, ebenfalls die Gruppe der Zehn- bis 14jährigen (+ 11,8%) am stärksten von der Entwicklung betroffen. Aber auch die Sechs- bis Neunjährigen (+ 9,8%) waren nicht unerheblich an der Zunahme beteiligt. Zu dem Anstieg der Zahl der verunglückten Mitfahrer von Fahrzeugen trug allerdings die Gruppe der Kleinkinder unter sechs Jahren (+ 20,9%) am stärksten bei. Damit liegt deren Zunahme sogar über der der Zehn- bis 14jährigen (+ 12,0%).

Von den 91 Kindern unter 15 Jahren, die 1976 im Straßenverkehr tödlich verunglückten, waren 24 unter sechs Jahre alt. Das sind 12 oder ein Drittel weniger als im Jahr zuvor. Davon hatten 18 als Fußgänger (— 8), einer als Radfahrer (— 2) und 5 als Mitfahrer von Fahrzeugen (— 2) am Verkehr teilgenommen. In der Altersklasse der Sechs- bis Neunjährigen wurden im vergangenen Jahr dagegen 8 Kinder mehr bei Verkehrsunfällen getötet als im Jahr zuvor. Zu diesem Ergebnis steuerten wiederum fast ausschließlich die Fußgänger bei, deren Zahl sich um 9 erhöhte, während sich die Zahl der getöteten Radfahrer dieser Altersklasse sogar um 2 reduzierte.

Eine noch stärkere Zunahme der Verunglücktenziffer wurde bei den Heranwachsenden im Alter von 15 bis 17 Jahren festgestellt. Die Zahl der Getöteten und Verletzten erhöhte sich hier um 536 oder 14,2%. Die Zahl der Getöteten nahm um 10,3%, die der Schwerverletzten um 10,9% und die der Leichtverletzten sogar um 16,2% zu.

Verunglückte je 10 000 Einwohner nach dem Alter 1974 - 1976

Alter in Jahren	1974	1975	1976	1975	1976
	Anzahl			Veränderung zum Vorjahr in %	
unter 6	28	33	36	17,9	9,1
6	58	67	68	15,5	1,5
7	59	61	67	3,4	9,8
8	57	54	65	- 5,3	20,4
9	49	49	54	-	10,2
6 - 9	56	57	63	1,8	10,5
10 - 14	43	44	49	2,3	11,4
15	82	101	113	23,2	11,9
16	175	254	284	45,1	11,8
17	265	267	292	0,8	9,4
15 - 17	172	206	228	19,8	10,7
unter 18	65	75	85	15,4	13,3
18 und mehr	83	84	86	1,2	2,4
Insgesamt	78	81	86	3,8	6,2

Verunglückte Kinder und Jugendliche nach Art der Verkehrsbeteiligung und Altersgruppen 1976

Altersgruppe	Insgesamt		Fußgänger		Mitfahrer		Radfahrer	
	1976	Ver- änderung zu 1975 in %	1976	Ver- änderung zu 1975 in %	1976	Ver- änderung zu 1975 in %	1976	Ver- änderung zu 1975 in %
Insgesamt								
unter 6 Jahre	812	4,5	435	- 6,0	347	20,9	30	11,1
6 - 9 "	1 372	2,6	705	- 1,3	321	4,2	346	9,8
10 - 14 "	1 586	10,8	411	7,6	549	12,0	625	11,8
15 - 17 "	4 305	14,2	186	9,4	1 521	- 0,4	177	-
Insgesamt	8 075	10,4	1 737	0,5	2 738	4,8	1 178	9,3
Getötete								
unter 6 Jahre	24	- 33,3	18	- 30,8	5	- 28,6	1	- 66,7
6 - 9 "	35	29,6	23	64,3	5	25,0	7	- 22,2
10 - 14 "	32	45,5	12	71,4	11	175,0	9	- 18,2
15 - 17 "	96	10,3	7	133,3	44	15,8	1	- 75,0
Zusammen	187	8,7	60	20,0	65	22,6	18	- 63,6
Schwerverletzte								
unter 6 Jahre	295	6,9	212	- 5,8	65	41,3	18	260,0
6 - 9 "	495	- 7,3	321	- 12,5	53	- 7,0	121	10,0
10 - 14 "	560	12,2	184	6,4	155	18,3	220	12,8
15 - 17 "	1 446	10,9	90	38,5	473	- 6,7	61	5,2
Zusammen	2 796	7,0	807	- 2,8	746	0,7	420	14,1
Leichtverletzte								
unter 6 Jahre	493	6,0	205	- 3,3	277	18,4	11	- 42,1
6 - 9 "	842	8,5	361	8,4	263	6,5	218	11,2
10 - 14 "	994	9,2	215	6,4	383	7,9	396	12,2
15 - 17 "	2 763	16,2	89	- 12,7	1 004	2,2	115	-
Zusammen	5 092	12,4	870	16,5	1 927	6,0	740	8,3

Geringerer Anteil der verunglückten Sechs- bis Neunjährigen

Die nach Altersgruppen stark differenzierten Veränderungen führten zu einer Verschiebung der Struktur der Verunglücktenziffer der Kinder und Jugendlichen. Von 8 075 verunglückten Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren entfielen allein

4 305 oder 53,3% auf die Gruppe der Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren. Das sind durchschnittlich 1 435 Verunglückte je Jahrgang. Der Anteil dieser Altersgruppe hat sich damit gegenüber 1975 um fast 2 Prozentpunkte erhöht. Während die Zehn- bis 14jährigen mit 19,6% genau so stark vertreten waren wie im Vorjahr, ist neben den Kleinkindern (10,1%) vor allem bei den sechs- bis neun-

Verunglückte Kinder und Jugendliche nach Art der Verkehrsbeteiligung und Alter 1976

Alter in Jahren	Fußgänger				Mitfahrer				Radfahrer				Sonstige Fahr- zeug- führer
	ins- gesamt	Ge- tötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte	ins- gesamt	Ge- tötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte	ins- gesamt	Ge- tötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte	
0	2	-	1	1	8	-	5	3	-	-	-	-	-
1	13	-	5	8	57	-	13	44	-	-	-	-	-
2	47	4	18	25	53	-	9	44	-	-	-	-	-
3	95	3	52	40	62	4	8	50	-	-	-	-	-
4	130	4	61	65	78	-	16	62	7	1	4	2	-
5	148	7	75	66	89	1	14	74	23	-	14	9	-
unter 6	435	18	212	205	347	5	65	277	30	1	18	11	-
6	197	12	92	93	83	-	16	67	42	-	11	31	-
7	207	7	95	105	69	-	12	57	78	1	41	36	-
8	173	2	75	96	89	3	14	72	111	4	33	74	-
9	128	2	59	67	80	2	11	67	115	2	36	77	-
10	121	1	57	63	81	-	13	68	110	1	46	63	-
11	88	4	35	49	97	3	28	66	139	3	44	92	-
12	81	3	36	42	108	2	34	72	117	3	45	69	-
13	55	1	23	31	111	1	23	87	139	1	43	95	-
14	66	3	33	30	152	5	57	90	120	1	42	77	-
6 - 14	1 116	35	505	576	870	16	208	646	971	16	341	614	-
unter 15	1 551	53	717	781	1 217	21	273	923	1 001	17	359	625	-
15	58	1	28	29	324	11	95	218	72	-	26	46	282
16	72	5	30	37	553	13	169	371	58	1	18	39	1 102
17	56	1	32	23	644	20	209	415	47	-	17	30	1 038
18	57	2	25	30	639	13	226	400	28	2	4	22	1 267
15 - 18	243	9	115	119	2 160	57	699	1 404	205	3	65	137	3 689
unter 19	1 794	62	832	900	3 377	78	972	2 327	1 206	20	424	762	3 689

jährigen Schülern eine deutliche Verringerung von 18,3 auf 17,0% zu beobachten. Wegen des Bevölkerungsrückgangs bei der letztgenannten Altersgruppe hat sich die Zahl der Verunglückten je 1 000 Einwohner hier jedoch gleichzeitig von 5,7 auf 6,3 erhöht.

Die Anteilsverschiebung gegenüber dem Vorjahr verteilte sich bei den Jugendlichen fast gleichmäßig auf alle drei Altersjahrgänge. Unterscheidet man nach dem Grad der Verletzung, so ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede. Während bei den 17-jährigen mit 10 Toten und 98 Schwerverletzten mehr als 1975 vor allem die schweren Unfallfolgen an Häufigkeit zugenommen haben, wurden bei den 16-jährigen sogar 6 Verkehrstote weniger und nur 7 Schwerverletzte mehr gezählt.

Bei den Schülern im Alter zwischen 6 und 9 Jahren konzentrierte sich die Anteilsverringerung fast ausschließlich auf die Sechsjährigen, und zwar von 4,9% im Jahre 1975 auf 4,0% aller Kinder und

Jugendlichen unter 18 Jahren. Zu dieser vergleichsweise günstigen Entwicklung trug vor allem der Rückgang der Zahl der als Fußgänger schwer- und leichtverletzten Kinder um 21 bzw. 22 auf 92 bzw. 93 bei. Dagegen erhöhte sich hier die Zahl der Getöteten um 5 auf 12. Eine ähnliche Situation, jedoch nicht im gleichen Ausmaß, ergab sich bei den Siebenjährigen, deren Anteil sich im Untersuchungszeitraum von 4,8 auf 4,4% verringerte. Hier wurden 14 schwerverletzte Fußgänger weniger und 4 getötete Fußgänger mehr gezählt als im Jahr zuvor. Die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten belief sich damit auf 7 und 95. Trotz der insgesamt negativen Entwicklung zeichnet sich hier offensichtlich ein gewisser Erfolg der Bemühungen ab, in Rahmen der Verkehrserziehung besonders die Schulanfänger anzusprechen. Dieser Erfolg wird jedoch von der erheblichen Zunahme der Zahl der Verkehrstoten überschattet.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Grundlagen und Ergebnisse der Beschäftigten- und Entgeltstatistik

Für die Ermittlung von fachlich und regional tief gegliederten Beschäftigtenzahlen dienten bisher in erster Linie die in längeren Zeitabständen durchgeführten Großzählungen, die vor allem Strukturanalysen ermöglichen sollen. Um auch kurz- und mittelfristige Entwicklungen und saisonale und konjunkturelle Schwankungen beobachten zu können, war man bisher auf die Fortschreibung von Eckdaten aus Großzählungen für einzelne Wirtschaftsbereiche angewiesen. Für andere Bereiche mußten Schätzungen durchgeführt werden.

Diese Lücke im Datenbedarf soll nun durch die vor einiger Zeit neu eingeführte Beschäftigten- und Entgeltstatistik, kurz Beschäftigtenstatistik genannt, geschlossen werden. Die besondere Bedeutung dieser Statistik im System der Statistiken der Erwerbstätigkeit liegt darin, daß sie kurzfristig Ergebnisse in tiefer wirtschaftsfachlicher und regionaler Gliederung bereitstellen kann, wobei allerdings hingenommen werden muß, daß ein Teil der Beschäftigten nicht erfaßt wird.

Nachdem inzwischen die Anlaufschwierigkeiten, wie sie bei einer Statistik mit neuen Meldewegen häufig auftreten, weitgehend beseitigt sind, soll im folgenden eine Darstellung des Verfahrens und einiger Ergebnisse gegeben werden.

Rechtsgrundlage ist das Arbeitsförderungsgesetz

Die gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Statistiken über die Beschäftigung durch die Bundesanstalt für Arbeit ist § 6 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582). Die Träger der Sozialversicherung verfügen auf Grund der verschiedenen Sozialgesetze seit langem über vielfältiges Datenmaterial, mit dem um-

fangreiche Untersuchungen über Beschäftigungsverhältnisse möglich sind. Durch die Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (DEVO) vom 24. November 1972 (BGBl. I S. 2159) sind die Meldepflichten seit 1973 in einem einzigen automationsgerechten Meldeverfahren koordiniert. Die so gewonnenen Einzeldaten stellen die Grundlage der neuen Beschäftigtenstatistik dar.

Meldeweg über die Betriebe

Der Meldeweg führt über die Betriebe, durch die zunächst die Beschäftigungsfälle erfaßt werden. Die Meldungen sind bei Beginn und Ende einer Beschäftigung sowie bei jeder sozialversicherungsrechtlich bedeutsamen Veränderung zu erstatten. Zusätzlich ist am Jahresende für jeden sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer eine Jahresmeldung (Versicherungskarte) abzugeben. Mit Hilfe der für jede Person vergebenen Versicherungsnummer können mehrere gleichzeitig oder in einem bestimmten Zeitraum nacheinander ausgeübte Beschäftigungen personenbezogen zusammengeführt werden.

Die genannten Meldungen sind für alle Arbeitnehmer (einschl. der Auszubildenden) abzugeben, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind, oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen entrichtet werden. Damit umfaßt die Beschäftigtenstatistik den größten Teil der Arbeiter und Angestellten. Nicht einbezogen sind Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen, und Angestellte, die von der Rentenversicherungs-

Wirtschaftsabteilung	1975			1976		
	Insgesamt	Arbeiter 1)	Angestellte 1)	Insgesamt	Arbeiter 1)	Angestellte 1)
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	12 435	10 638	1 797	14 665	12 788	1 877
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	12 062	6 081	5 981	11 641	6 028	5 613
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	452 886	327 321	125 565	431 533	308 156	123 377
Baugewerbe	89 371	76 120	13 251	83 656	72 302	11 354
Handel	138 785	44 440	94 345	138 248	42 939	95 309
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	41 786	32 386	9 400	39 316	30 450	8 866
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	30 460	1 745	28 715	30 166	1 694	28 472
Dienstleistungen, soweit anderswo nicht genannt	145 660	67 822	77 838	149 251	65 717	83 534
Organisationen ohne Erwerbscharakter	13 834	4 847	8 987	14 360	4 753	9 607
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	99 791	41 229	58 562	101 935	42 686	59 249
Ohne Angabe	80	52	28	103	73	30
Insgesamt	1 037 150	612 681	424 469	1 014 874	587 586	427 288

1) Einschl. Auszubildende.

pfligt befreit waren und sich nicht freiwillig weiterversichert haben.

Die Meldungen der Arbeitgeber werden bei den Krankenkassen bzw. Rentenversicherungsträgern gesammelt und an die Bundesanstalt für Arbeit weitergegeben, wo sie für die Beschäftigtenstatistik aufbereitet werden. Die Ergebnisse werden über das Statistische Bundesamt den Statistischen Landesämtern zugeleitet. Dort erfolgt eine regionalisierte Auswertung.

Bisher nur Bestandsdaten ausgewertet

Von den nach der DEVO gemeldeten Tatbeständen sollen in der Beschäftigtenstatistik unter anderen folgende aufbereitet werden: Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Stellung im Beruf, Voll- und Teilzeitbeschäftigung und das beitragspflichtige Bruttoarbeitsentgelt. Die wirtschaftssystematische und regionale Zuordnung erfolgt anhand einer Betriebsnummer, die durch eine Betriebs- und Ortsdatei ergänzt wird. Eine Auswertung nach dem Wohnort des Beschäftigten kann gegenwärtig noch nicht erfolgen.

Die bis jetzt vorliegenden Vierteljahresergebnisse enthalten noch nicht alle genannten Tatbestände. Außerdem wurden bisher nur Bestandszahlen für verschiedene Stichtage geliefert. Zeitraumbezogene Daten, wie Beschäftigungszeiten, Arbeitsentgelte und Angaben über die Fluktuation, liegen noch nicht vor. Da auch die Meldefristen teilweise immer noch weit überschritten werden, entspricht die Aktualität der Daten bisher nicht den Anforderungen. Auch bezüglich der Qualität der hier veröffentlichten Daten sind noch einige Hinweise angebracht.

Die Ergebnisse der neuen Statistik wurden mit einigen bereits vorhandenen Statistiken, soweit möglich, verglichen. Dabei wurde eine hinreichend befriedigende Übereinstimmung festgestellt. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß die Regionaldaten nicht vollständig auf dem neuesten Gebietsstand sind, vor allem bei weiter zurückliegenden Stichtagen. Außerdem ist es möglich, daß die regionale und wirtschaftssystematische Zuordnung einzelner Betriebe nicht immer den Realitäten entspricht. Trotz aller Einschränkungen kann jedoch davon ausgegangen werden, daß durch die dar-

zustellenden Ergebnisse die Struktur der versicherungspflichtig Beschäftigten zu den Stichtagen grundsätzlich richtig wiedergegeben wird.

Weniger versicherungspflichtig beschäftigte Ausländer als 1975

Am 31. März 1976 wurden durch die Beschäftigtenstatistik 1 014 874 versicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz nachgewiesen. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bedeutet das eine Abnahme um 2,1%. Von diesen Arbeitnehmern waren 952 043 oder 93,8% Deutsche und 62 831 Ausländer. Damit ist die Zahl der versicherungspflichtig beschäftigten Ausländer innerhalb eines Jahres um 8 939 Personen zurückgegangen. Dieser Abnahme von 12,5% stand bei den Deutschen nur ein Rückgang um 1,4% gegenüber.

Die Aufteilung der versicherungspflichtig Beschäftigten auf die Wirtschaftsabteilungen zeigte Ende März 1976 ein deutliches Schwergewicht im verarbeitenden Gewerbe, wo 42,5% der Versicherungspflichtigen beschäftigt waren, es folgten die Dienstleistungen mit 26,1% und der Handel mit 13,6%. Trennt man die Beschäftigten in Arbeiter und Angestellte, dann muß berücksichtigt werden, daß in diesen Zahlen jeweils auch die Auszubildenden enthalten sind, da bisher ihr gesonderter Nachweis nicht möglich ist. Da die Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei wegen der sehr hohen Zahl an Selbständigen, die von der Beschäftigtenstatistik nicht erfaßt werden, außer Betracht bleiben muß, ist das Baugewerbe die Wirtschaftsabteilung mit dem höchsten Anteil an Arbeitern (86,4%). Die Wirtschaftsabteilung Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe hat mit 94,4% den größten Anteil an Angestellten, gefolgt vom Handel mit 68,9%.

Unterschiedlicher Altersaufbau bei deutschen und ausländischen Beschäftigten

Von den 1 014 874 am 31. März 1976 in unserem Lande versicherungspflichtig Beschäftigten waren 639 766 oder 63% Männer und 375 108 Frauen. Die Altersgruppe mit den meisten Arbeitnehmern war diejenige zwischen 20 und 25 Jahren, in der 142 423 Beschäftigte gezählt wurden. Daß hierbei das weib-

Alter	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Deutsche		
				zusammen	männlich	weiblich
unter 20 Jahre	115 220	61 436	53 784	112 162	59 703	52 459
20 - 25 "	142 423	67 979	74 444	135 140	64 342	70 798
25 - 30 "	123 193	74 795	48 398	110 583	66 882	43 701
30 - 35 "	95 973	65 976	29 997	83 921	57 109	26 812
35 - 40 "	132 365	94 005	38 360	121 852	85 753	36 099
40 - 45 "	112 251	80 201	32 050	104 934	74 494	30 440
45 - 50 "	104 003	73 011	30 992	99 537	69 587	29 950
50 - 55 "	88 841	55 418	33 423	85 668	52 911	32 757
55 - 60 "	59 372	37 153	22 219	57 927	35 957	21 970
60 - 65 "	32 467	23 990	8 477	31 705	23 310	8 395
65 u. mehr "	8 766	5 802	2 964	8 614	5 668	2 946
Insgesamt	1 014 874	639 766	375 108	952 043	595 716	356 327

liche Geschlecht mit 52,3% deutlich überwog, dürfte auf die bei Männern dieses Alters häufig noch nicht abgeschlossene Schulausbildung zurückzuführen sein. Bereits in der folgenden Altersgruppe waren die Männer mit 60,7% klar in der Mehrheit, weil die Frauen dieser Jahrgänge vermehrt als Ehefrau und Mutter aus dem Berufsleben ausscheiden. Diese Entwicklung setzt sich in den folgenden Altersgruppen mit ständig zunehmenden Anteilen der Männer fort. Erst ab der Altersgruppe der 45- bis 50jährigen nimmt der Prozentsatz der versicherungspflichtig beschäftigten Frauen wieder zu, um dann bei den über 60 Jahre alten Arbeitnehmern erneut abzusinken, da die Frauen die gesetzliche Altersgrenze erreicht haben.

Die Altersstruktur und die Aufteilung nach dem Geschlecht entspricht bei den deutschen Beschäftig-

ten annähernd der dargestellten Gesamtstruktur, weil diese im wesentlichen durch die große Zahl der deutschen Arbeitnehmer bestimmt wird. Die 6,2% ausländischen Versicherungspflichtigen, von denen 70,1% Männer sind, weisen dagegen eine abweichende Altersstruktur auf, wie auch auf Grund ihrer andersartigen bevölkerungsmäßigen Zusammensetzung zu erwarten ist. So sind von den versicherungspflichtig beschäftigten Ausländern 39,3% zwischen 25 und 35 Jahre alt, bei den Deutschen hat diese Altersgruppe nur einen Anteil von 20,4%. Dafür sind 19,3% der deutschen Beschäftigten über 50 Jahre alt, bei den Ausländern nur 8,8%. Weniger als 20 Jahre alt sind 4,9% der ausländischen, aber 11,8% der deutschen Beschäftigten.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Öffentliche Tiefbauaufträge 1976

Rechtsgrundlage der Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau ist das Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704). Sie erfaßt alle Aufträge der öffentlichen Hand ab 25 000 DM, wobei von den Gemeinden bis September 1975 nur solche ab 5 000 Einwohner als Auftraggeber in die Erhebung einbezogen wurden. Ab Oktober 1975 ging die Berichtspflicht von den Gemeinden über 5 000 Einwohnern, die einer Verbandsgemeinde angehören, auf die betreffende Verbandsgemeinde über. Die gemeldeten Auftragsvergaben aller Verbandsgemeinden enthalten nunmehr auch solche von Gemeinden unter 5 000 Einwohnern. Da in Rheinland-Pfalz keine verbandsfreien Gemeinden unter 5 000 Einwohnern mehr existieren, werden somit ab Oktober 1975 die Auftragsvergaben aller Gemeinden erfaßt. Ein Vergleich der Daten mit denen früherer Jahre ist jedoch nahezu ohne Einschränkung möglich, weil den Tiefbauaufträgen von Gemeinden unter 5 000 Einwohnern nur eine sehr geringe Bedeutung zukommt.

Private Tiefbauaufträge, denen ebenfalls nur geringes Gewicht beizumessen ist, bleiben wie bisher

unberücksichtigt. Als Bauherr ist der Auftraggeber genannt, der nicht mit dem Geldgeber identisch sein muß. Daher sind beispielsweise die Zuschüsse des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände in deren Zahlen enthalten, so daß die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich höher sind als hier ausgewiesen.

Öffentliche Tiefbauaufträge um 3% gestiegen

In Rheinland-Pfalz wurden 1976 von der öffentlichen Hand Tiefbauaufträge in Höhe von 807 Mill. DM vergeben; das sind nominell 3% mehr als im Jahr zuvor. Unter Berücksichtigung der eingetretenen Preissteigerungen, die 1976 innerhalb des Preisindex für Bauwerke beim Teilindex Straßenbau 1,4% ausmachten, erreichte im Berichtsjahr der Vergabewert real nahezu die gleiche Höhe wie 1975. Während in den ersten sechs Monaten des Jahres 1976 Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand von nur 345 Mill. DM vergeben wurden, das waren nominell 8% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum, konnte für das zweite Halbjahr eine deutliche Zunahme auf 462 Mill. DM ermittelt werden. In der Vergabesumme ist das von den Bauherren gestellte Material im Wert von 12,7 Mill. DM nicht enthalten.

Höhere Auftragsvergaben nur für Straßenverkehrsbauteilen

Während 1975 die Vergaben für Straßen- und Straßenbrückenbauten eine deutliche Einschränkung erfahren haben, konnte im Berichtsjahr lediglich für diese Baumaßnahmen eine leichte Steigerung des Auftragsvolumens festgestellt werden. Die Vergaben für Straßenbauten erhöhten sich um 32 Mill. DM auf 461 Mill. DM, für Straßenbrückenbauten um gut 47 Mill. DM auf 129 Mill. DM. Damit vergrößerte sich der Anteil der Straßenbauten an den gesamten Baumaßnahmen von 55% auf 57% und der Straßenbrückenbauten von 11 auf 16%. Im Rahmen des 1976 angelaufenen zweiten Fünfjahresplan für den Fernstraßenbau in Rheinland-Pfalz wird 1977 eine neue Phase eingeleitet. Auf deutscher Seite wird in der Westeifel mit dem Bau des ersten Teilstücks der Autobahndiagonale zwischen Lüttich und dem Rhein-Main-Gebiet begonnen. Erstes Bauwerk dieser A 60 wird eine Brücke bei Steinebrück nahe der belgischen Grenze sein, für die der Auftrag schon vergeben wurde. Mit den Arbeiten soll im Frühjahr 1977 angefangen werden. Von der belgischen Grenze bis Bitburg soll die zunächst nur zweispurig gebaute neue Autobahn 1980/81 zur Verfügung stehen. Begonnen wird 1977 auch die autobahnmäßige Anbindung der Schuhmetropole Pirmasens sowie die Verlängerung der Bundesautobahn von Kaiserslautern nach Trier im Abschnitt Freisen-Nohfelden.

Leicht rückläufig entwickelten sich die Auftragsvergaben für wasserwirtschaftliche Tiefbauten, die mit 131 Mill. DM auf einen Anteil von 16% an den gesamten Baumaßnahmen kamen gegenüber 17% im Jahr zuvor. Für sonstige Tiefbauten wurden 79 Mill. DM vergeben; die Quote an den Aufträgen insgesamt reduzierte sich somit von 13 auf 10%. Das Vergabevolumen für Tiefbauten an Bundeswasserstraßen erreichte im Berichtsjahr mit 6,8 Mill. DM nur noch einen Anteil von 0,8% gegenüber 4,6% im Jahr zuvor und 4,3% im Jahre 1974; hier ging die Vergabesumme sowohl absolut als auch relativ am stärksten von allen Baumaßnahmen zurück.

Ausgaben für Straßenverkehrsbauteilen je Einwohner über Bundesdurchschnitt

Im gesamten Bundesgebiet erreichten 1976 die er-

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen
1974 - 1976

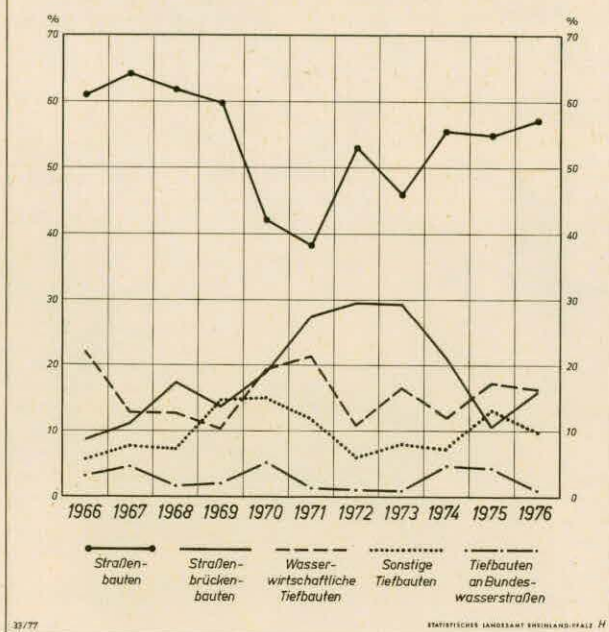
Baumaßnahme	1974		1975		1976	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Straßenbauten	554 351	55,4	429 109	54,9	461 124	57,2
Straßenbrückenbauten	210 207	21,0	82 032	10,5	128 645	16,0
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	55 855	4,6	33 378	4,3	6 773	0,8
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	119 168	11,9	134 476	17,2	130 921	16,2
Sonstige Tiefbauten	70 362	7,1	102 119	13,1	79 055	9,8
Insgesamt	999 943	100,0	781 114	100,0	806 518	100,0

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Baumaßnahmen 1972 - 1976

Bauherr	1972	1973	1974	1975	1976
1 000 DM					
Insgesamt					
Bund	702 969	524 080	596 620	456 992	447 302
Land	111 902	88 939	110 620	58 523	110 723
Gemeinden	185 665	129 443	188 518	104 218	74 084
Gemeindeverbände	35 345	52 253	64 344	122 518	145 851
Sonstige Bauherren	38 936	62 983	39 841	38 863	28 558
Insgesamt	1 074 817	857 698	999 943	781 114	806 518
Straßenbauten					
Bund	383 384	226 925	318 844	268 361	265 144
Land	99 835	71 712	95 313	45 181	92 588
Gemeinden	57 901	51 063	88 208	51 384	31 207
Gemeindeverbände	25 014	35 632	46 027	59 046	66 314
Sonstige Bauherren	2 899	7 082	5 959	5 137	5 871
Zusammen	569 033	392 414	554 351	429 109	461 124
Straßenbrückenbauten					
Bund	261 004	227 077	173 693	64 971	107 267
Land	10 025	16 021	14 457	13 065	16 065
Gemeinden	43 798	3 880	8 107	1 526	41
Gemeindeverbände	1 527	4 335	13 950	2 430	5 272
Sonstige Bauherren	941	-	-	40	-
Zusammen	317 295	251 313	210 207	82 032	128 645
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen					
Bund	9 926	5 916	45 855	30 700	6 773
Land	-	-	-	-	-
Gemeinden	520	928	-	2 678	-
Gemeindeverbände	-	-	-	-	-
Sonstige Bauherren	-	-	-	-	-
Zusammen	10 446	6 844	45 855	33 378	6 773
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten					
Bund	1 303	1 159	573	586	512
Land	455	1 021	850	277	1 531
Gemeinden	73 746	71 749	82 746	44 717	38 229
Gemeindeverbände	8 655	10 893	4 367	59 726	71 228
Sonstige Bauherren	30 502	55 098	30 632	29 170	19 421
Zusammen	114 661	139 920	119 168	134 476	130 921
Sonstige Tiefbauten					
Bund	47 352	63 003	57 655	92 374	67 606
Land	1 587	185	-	-	539
Gemeinden	9 700	1 823	9 457	3 913	4 607
Gemeindeverbände	149	1 393	-	1 316	3 037
Sonstige Bauherren	4 594	803	3 250	4 516	3 266
Zusammen	63 382	67 207	70 362	102 119	79 055

faßten Auftragsvergaben nicht ganz die Vorjahreshöhe; sie beliefen sich unter Einschluß des vom Bauherren gestellten Materials auf 15,4 Mrd. DM gegenüber 15,8 Mrd. DM im Jahr zuvor. Die nominelle Abnahme betrug 2,3%. Von den einzelnen Bundesländern liegt Nordrhein-Westfalen mit Aufträgen von 3,9 Mrd. DM an der Spitze, während Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 5,3% erneut den sechsten Platz der Länderskala einnimmt. Ein Vergleich der erfaßten Auftragsvergaben je Einwohner in DM zeigt folgendes Bild: Im Bundesdurchschnitt verminderten sich die Aufträge je Einwohner um 4 DM auf 251 DM; für Rheinland-Pfalz ergab sich dagegen ein Anstieg um 8 DM auf 224 DM je Einwohner. Mit diesem Ergebnis wurde der Bundesdurchschnitt jedoch noch deutlich unterschritten. Für Straßenverkehrsbauteilen gab Rheinland-Pfalz je Einwohner 161 DM aus gegenüber 139 DM im Jahre 1975 und übertraf damit deutlich

Tiefbaumaßnahmen 1966-1976



den Bundesdurchschnitt, der sich auf 135 DM (1975: 133 DM) belief. Höhere Auftragswerte je Einwohner für Straßenverkehrsbauten verzeichneten nur noch das Saarland (189 DM) und Hessen (178 DM).

Tiefbauaufträge des Landes um neun Zehntel auf 111 Mill. DM angestiegen

Wie schon in den vergangenen Jahren nahm unter den Bauherren erneut der Bund eine dominierende Stellung ein. Im Berichtsjahr stammten 447 Mill. DM oder 56% der gesamten Auftragsvergaben aus Bundesmitteln gegenüber 457 Mill. DM oder 59% im Jahr zuvor. Das Land, welches 1975 seine Vergaben um fast die Hälfte auf 59 Mill. DM vermindert hatte, verzeichnete im Berichtsjahr ein etwa gleich großes Auftragsvolumen wie 1974. Der Anteil des Landes an den gesamten öffentlichen Tiefbauaufträgen erhöhte sich damit auf 14%. Ebenso wie der Bund reduzierten auch die Gemeinden und Gemeindeverbände die Auftragsvergaben in geringem Umfang, und zwar um 3,0% auf 220 Mill. DM. Die Quote an allen Vergaben der öffentlichen Hand, welche von 1972 bis 1975 beständig, und zwar um insgesamt 8,4 Prozentpunkte auf 29% angestiegen war, verminderte sich im Berichtsjahr geringfügig auf 27%.

Mit 265 Mill. DM flossen fast drei Fünftel der Mittel des Bundes dem Straßenbau zu. Beim Land waren es mit 93 Mill. DM sogar 84%, die für Straßenbauten zur Verfügung gestellt wurden. Fast ein Viertel der Vergabesumme des Bundes entfiel auf Straßenbrückenbauten; damit bestätigte sich ebenso wie in den davorliegenden Jahren seine dominierende Bedeutung als Bauherr vornehmlich für Autobahnbrücken. Gemeinden und Gemeindeverbände setzten Prioritäten im wasserwirtschaftlichen Tiefbau und Straßenbau, wofür sie 50 bzw. 44% der

Mittel bereitstellten. Während ihre Vergaben im Straßen- und Straßenbrückenbau eine Abnahme um 11,6 Mill. DM auf 103 Mill. DM zu verzeichnen hatten, ergab sich für wasserwirtschaftliche Tiefbauten ein leichter Anstieg auf 110 Mill. DM.

Nur knapp ein Fünftel sind langfristige Aufträge

In der amtlichen Tiefbaustatistik werden unterschieden Sofortaufträge mit einer Bearbeitungszeit bis zu drei Monaten, kurzfristige Aufträge von drei bis sechs Monaten, mittelfristige von sechs bis zwölf Monaten und langfristige Objekte mit einer Fertigungszeit von mehr als einem Jahr. Eine Aufgliederung der Aufträge nach der vertraglich vorgesehenen Bauzeit ermöglicht Prognosen über die Beschäftigungslage im Tiefbaugewerbe.

Die seit 1966 feststellbare Tendenz zur Erhöhung des Anteils langfristiger Aufträge wurde ab 1975 von einer rückläufigen Entwicklung abgelöst. Im Berichtsjahr beliefen sich die Vergabewerte mit einer Abwicklungsdauer von mehr als zwölf Monaten nur noch auf knapp ein Fünftel gegenüber 23% im Jahr zuvor und zwei Fünftel im Jahre 1974. Während 1976 bei den Straßenverkehrsbauten die langfristigen Objekte noch eine Quote von etwas über einem Fünftel erreichten, war es bei den übrigen Baumaßnahmen nur reichlich ein Achtel. Dagegen stieg die Quote an den Sofortaufträgen, welche 1974 nur 13% und 1975 bereits 16% ausgemacht hatte, auf 23%. Kurzfristige Vergaben erreichten im Berichtsjahr 26% und mittelfristige kamen auf 31%.

Von den einzelnen Bauherren erteilte der Bund erneut die meisten langfristigen Aufträge, jedoch gehörte nur noch reichlich ein Viertel seines gesamten Auftragsvolumens in diese Kategorie. Beim Land erreichten kurz- und mittelfristige Aufträge einen Anteil von mehr als drei Fünftel; den langfristigen Vergaben, die nur 11% ausmachten, kam dagegen eine verhältnismäßig geringe Bedeutung zu. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden dominierten Sofortaufträge und kurzfristige Aufträge, vor allem solche für Straßenbauten. Bei diesen Bauherren ergab sich für Sofortaufträge insgesamt eine Quote von 28% und für kurzfristige Aufträge von 34%. In der Unterscheidung nach Baumaßnahmen lag ebenso wie im Vorjahr der Schwerpunkt für Straßenbauten bei den mittelfristigen Aufträgen (29%). Bei den Straßenbrückenbauten kam langfristigen Vergaben (42%) erhebliche Bedeutung zu; im Jahr zuvor hatten dagegen mittelfristige Objekte mehr als die Hälfte aller Aufträge ausgemacht. Für wasserwirtschaftliche Tiefbauten erlangten mittelfristige Vergaben mit 40% den höchsten Anteil.

Großaufträge machen 44% der Vergabesumme aus

Die Aufgliederung der öffentlichen Tiefbauaufträge nach einzelnen Wertgrößenklassen unterlag in den letzten Jahren nur geringen Abweichungen. Von den insgesamt 2 457 Vergaben des Berichtsjahres betrafen 1 060 oder 43% solche bis zu 100 000 DM gegenüber 46% im Jahr zuvor; der wertmäßige

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen, vorgesehenen Ausführungszeiten und Bauherren 1976

Baumaßnahme	Insgesamt	Mit einer vorgesehenen Ausführungszeit				Vom Bauherren gestelltes Material
		bis 3 Monate	über 3 - 6 Monate	über 6 - 12 Monate	über 12 Monate	
		1 000 DM				
Alle Bauherren						
Straßenbauten	461 124	133 538	121 362	135 555	70 669	622
Straßenbrückenbauten	128 645	7 442	20 574	46 580	54 049	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	6 773	406	4 548	1 819	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	130 921	21 847	44 734	51 870	12 470	5 258
Sonstige Tiefbauten	79 055	23 966	20 426	18 385	16 278	6 780
Insgesamt	806 518	187 199	211 644	254 209	153 466	12 660
Bund						
Straßenbauten	265 144	67 811	62 825	82 682	51 826	14
Straßenbrückenbauten	107 267	3 902	12 344	37 796	53 225	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	6 773	406	4 548	1 819	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	512	241	271	-	-	-
Sonstige Tiefbauten	67 606	18 311	16 065	16 952	16 278	5 654
Zusammen	447 302	90 671	96 053	139 249	121 329	5 668
Land						
Straßenbauten	92 588	26 939	22 647	31 204	11 798	-
Straßenbrückenbauten	16 065	2 012	6 018	8 035	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	1 531	435	1 096	-	-	-
Sonstige Tiefbauten	539	225	314	-	-	-
Zusammen	110 723	29 611	30 075	39 239	11 798	-
Gemeinden						
Straßenbauten	31 207	13 983	9 660	4 981	2 583	608
Straßenbrückenbauten	41	41	-	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	38 229	3 868	11 879	14 577	7 905	3 650
Sonstige Tiefbauten	4 607	1 856	2 562	189	-	672
Zusammen	74 084	19 748	24 101	19 747	10 488	4 930
Gemeindeverbände						
Straßenbauten	66 314	22 234	23 600	16 018	4 462	-
Straßenbrückenbauten	5 272	1 487	2 212	749	824	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	71 228	15 586	24 542	28 887	2 213	1 177
Sonstige Tiefbauten	3 037	1 388	405	1 244	-	-
Zusammen	145 851	40 695	50 759	46 898	7 499	1 177
Sonstige Bauherren						
Straßenbauten	5 871	2 571	2 630	670	-	-
Straßenbrückenbauten	-	-	-	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	19 421	1 717	6 946	8 406	2 352	431
Sonstige Tiefbauten	3 266	2 186	1 080	-	-	454
Zusammen	28 558	6 474	10 656	9 076	2 352	885

Anteil erreichte allerdings nur 6,9% (Vorjahr 7,4%). Weitere 51% (Vorjahr 48%) befanden sich in den Größenklassen von 100 000 DM bis 1 Mill. DM und die restlichen 6,2% (Vorjahr 5,7%) betrafen Baumaßnahmen über 1 Mill. DM; letztere erreichten allerdings mit 357 Mill. DM nicht weniger als 44% (Vorjahr 46%) der gesamten Auftragssumme. Allein 86 Großaufträge mit einem Volumen von insgesamt 204 Mill. DM betrafen Straßenbauten und weitere 31 mit zusammen 84 Mill. DM Straßenbrückenbauten. Für mehr als ein Viertel aller Groß-

aufträge war eine Ausführungszeit von über zwölf Monaten vorgesehen. Zwei Drittel der Großaufträge mit einer Vergabesumme von 266 Mill. DM stammten vom Bund, dessen Zuständigkeit für Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen die Vergabe von wertmäßig hohen Bauprojekten bedingt. Die insgesamt erfaßten Aufträge hatten im Durchschnitt einen Wert von 328 000 DM gegenüber 324 000 DM bzw. 464 000 DM in den beiden davorliegenden Jahren.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Arbeitskosten im Handel, bei Banken und Versicherungen 1974

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften benötigt zur sachgerechten Durchführung ihrer Aufgaben vergleichbare Daten über die Höhe der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitskosten in verschiedenen Wirtschaftsbereichen der Mitgliedstaaten. Aus diesem Grund werden seit 1959 auf Veranlassung der Europäischen Gemeinschaften eine Reihe spezifischer statistischer Erhebungen durchgeführt, von denen die meisten den Bereich der Industrie betrafen. Für das Wirtschaftsjahr 1967 wurde einmalig auch der Bereich des Straßenverkehrsgewerbes erfaßt sowie mit Berichtsjahr 1970 wurden die Bereiche Bank- und Versicherungsgewerbe einbezogen.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3192/73 vom 22. November 1973 hat der Rat der Europäischen Gemeinschaften erneut eine solche Arbeitskostenerhebung im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe angeordnet, die im Jahr 1975 für das Jahr 1974 stattgefunden hat. Die Durchführung der Erhebung - Auswahl der Berichtsunternehmen, Prüfung und Aufbereitung der Erhebungspapiere und die Erstellung der Landesergebnisse - lag in der Bundesrepublik in den Händen der Statistischen Landesämter, Druck der Erhebungspapiere, Ausarbeitung des Stichprobenplanes und Zusammenstellung der Bundesergebnisse beim Statistischen Bundesamt. Die Ergebnisse für alle Mitgliedsländer werden jeweils vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) veröffentlicht.

Obwohl das Konzept der Erhebung keine grundlegenden Änderungen gegenüber 1970 auf-

weist, bestehen doch einige bemerkenswerte Unterschiede zwischen der alten und der neuen Erhebung. Die Erhebung für das Jahr 1974 erfaßte außer den Banken - in diesem Bereich wurden weitere Sparten einbezogen -, den Versicherungen und dem Einzelhandel auch den Großhandel. Ferner erstreckte sie sich auf alle Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern, während die untere Grenze für die einzubeziehenden Unternehmen im Auswahlverfahren 1970 bei 20 Arbeitnehmern lag. Das Bank- und Versicherungsgewerbe wurde 1974 nicht mehr total, sondern ebenfalls auf Grund eines Stichprobenplans erfaßt. Abweichend von der Erhebung 1970 wurden schließlich auch die Teilzeitbeschäftigten berücksichtigt und über den Faktor 0,6 in vollbeschäftigte Arbeitnehmer umgerechnet.

Da eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse von 1970 und 1974 aus den genannten Gründen nur bedingt möglich wäre, wird auf eine entsprechende Gegenüberstellung verzichtet und in der nachfolgenden Darstellung allein das Ergebnis der letzten Erhebung interpretiert. Dabei ist zu erwähnen, daß Unternehmen des Groß- und Einzelhandels mit 10 bis 49 Beschäftigten nur einen verkürzten Fragebogen auszufüllen hatten. Ergebnisse von Unternehmen dieser Größenordnung blieben in den ersten beiden Abschnitten unberücksichtigt. Die Darstellung bezieht sich dort auf die Groß- und Einzelhandelsunternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten und auf die Unternehmen des Bankgewerbes mit mindestens 10 Beschäftigten. Hingegen sind detaillierte Ergebnisse von Unternehmen des Versicherungsgewerbes in den nachfolgenden Ausführungen nicht

Beschäftigte und Arbeitskosten je Fall nach Wirtschaftszweigen¹⁾ und Leistungsarten 1974

Berichtsmerkmal	Insgesamt	Banken	Großhandel	Einzelhandel
Beschäftigte				
Männer	24 536	7 376	12 561	4 599
Frauen	26 600	8 388	7 840	10 372
Auszubildende	5 134	1 666	1 918	1 550
Insgesamt	56 270	17 430	22 319	16 521
Arbeitskosten je Beschäftigten (ohne Auszubildende) in DM				
Bruttoverdienst ²⁾	18 241	20 396	18 584	15 502
Gratifikationen, Abschlußvergütungen, 13. Monatsgehalt, Gewinn- und Ertragsbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld u. ä.	1 906	3 285	1 591	883
Leistungen zur sozialen Sicherung	3 290	4 353	3 031	2 522
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	2 645	2 758	2 766	2 360
Tarifliche, vertragliche oder freiwillige Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	645	1 595	265	162
Sonstige Ausgaben sozialer Art	238	352	262	87
Kosten der Berufsausbildung einschließlich Ausbildungsvergütungen für Auszubildende	533	791	411	428
Insgesamt	24 208	29 177	23 879	19 422
Arbeitskosten je Auszubildenden in DM				
Insgesamt	5 312	7 487	4 372	4 136

1) Unternehmen des Bankgewerbes ab 10, des Groß- und Einzelhandels ab 50 Beschäftigten. - 2) Einschließlich regelmäßig gezahlter Prämien.

Arbeitskosten nach Wirtschaftszweigen¹⁾ und Leistungsarten 1974

Berichtsmerkmal	Insgesamt	Banken	Großhandel	Einzelhandel
1 000 DM				
Bruttoverdienst ²⁾	932 754,1	321 529,6	379 140,4	232 084,1
Gratifikationen, Abschlußvergütungen, 13. Monatsgehalt, Gewinn- und Ertragsbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld u.ä.	97 463,4	51 788,0	32 448,9	13 226,5
Leistungen zur sozialen Sicherung	168 205,8	68 612,8	61 839,0	37 754,0
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	135 235,8	43 474,7	56 433,0	35 328,1
Tarifliche, vertragliche oder freiwillige Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	32 970,0	25 138,1	5 406,0	2 425,9
Sonstige Ausgaben sozialer Art	12 184,8	5 545,6	5 338,1	1 301,1
Kosten der Berufsausbildung einschließlich Ausbildungsvergütungen für Auszubildende	27 270,6	12 473,5	8 385,7	6 411,4
Insgesamt	1 237 878,7	459 949,5	487 152,1	290 777,1
Anteile in %				
Bruttoverdienst ²⁾	75,3	69,9	77,8	79,9
Gratifikationen, Abschlußvergütungen, 13. Monatsgehalt, Gewinn- und Ertragsbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld u.ä.	7,9	11,3	6,7	4,5
Leistungen zur sozialen Sicherung	13,6	14,9	12,7	13,0
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	10,9	9,4	11,6	12,2
Tarifliche, vertragliche oder freiwillige Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	2,7	5,5	1,1	0,8
Sonstige Ausgaben sozialer Art	1,0	1,2	1,1	0,4
Kosten der Berufsausbildung einschließlich Ausbildungsvergütungen für Auszubildende	2,2	2,7	1,7	2,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Unternehmen des Bankgewerbes ab 10, des Groß- und Einzelhandels ab 50 Beschäftigten. - 2) Einschließlich regelmäßig gezahlter Prämien.

enthalten, da in Rheinland-Pfalz nur drei Unternehmen des Versicherungsgewerbes in die Erhebung eingingen. Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben können diese Ergebnisse daher nicht veröffentlicht werden.

Auf laufende Verdienstzahlungen entfallen drei Viertel der Arbeitskosten

Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer - sie setzen sich aus den laufenden Verdienstzahlungen und den Personalnebenkosten zusammen - betrugen 1974 im rheinland-pfälzischen Großhandel 23 900 und im Einzelhandel 19 400 DM. Bei Banken (29 200) lagen die Gesamtaufwendungen um rund 50% über den Aufwendungen je Arbeitnehmer im Einzelhandel. Im Bundesergebnis hatten die Unternehmen des Großhandels ebenfalls um über ein Fünftel und die des Bank- und Versicherungsgewerbes um etwa die Hälfte höhere Aufwendungen je Arbeitnehmer als die Unternehmen

des Einzelhandels. Der Bruttoverdienst - hierzu zählen die laufend gezahlten Löhne und Gehälter einschließlich der regelmäßig gezahlten Prämien - betrug im Schnitt aller erfaßten Wirtschaftszweige (ohne Versicherungen) 18 200 DM je Beschäftigten, wobei Banken mit 20 400 DM vor dem Großhandel (18 600) und dem Einzelhandel (15 500 DM) lagen. Wie den Ergebnissen der letzten Sondererhebung über Struktur und Verteilung der Löhne und Gehälter 1972 im einzelnen zu entnehmen ist, dürften diese Abweichungen vor allem durch die Unterschiede in der beruflichen Qualifikation der Arbeitnehmerschaft bedingt sein.

Von der prozentualen Zusammensetzung der gesamten Arbeitskosten aus Bruttoverdienst einerseits und Personalnebenkosten andererseits ausgehend, war der Anteil des durchschnittlichen Bruttoverdienstes an den Arbeitskosten der Unternehmen im Einzelhandel mit 80% am höchsten, bei Banken mit

Personalkosten je Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen¹⁾ und Leistungsarten 1974

Kostenart	Großhandel		Einzelhandel		Bankgewerbe	
	DM	%	DM	%	DM	%
Gratifikationen, Abschlußvergütungen, 13. Monatsgehalt, Gewinn- und Ertragsbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld u.ä.	1 591	30,1	883	22,5	3 285	37,4
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	2 766	52,2	2 360	60,2	2 758	31,4
Tarifliche, vertragliche oder freiwillige Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	265	5,0	162	4,2	1 595	18,2
Sonstige Ausgaben sozialer Art	262	4,9	87	2,2	352	4,0
Kosten der Berufsausbildung einschließlich Ausbildungsvergütungen für Auszubildende	411	7,8	428	10,9	791	9,0
Insgesamt	5 295	100,0	3 920	100,0	8 761	100,0

1) Unternehmen des Bankgewerbes ab 10, des Groß- und Einzelhandels ab 50 Beschäftigten.

Berichtsmerkmal	Großhandel				Einzelhandel				
	Unternehmen mit ... Beschäftigten								
	10	50	100	200	10	50	100	200	500
	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	49	99	199	499	49	99	199	499	999
Bruttoverdienst ¹⁾	17 789	19 675	19 353	23 048	15 637	15 462	16 479	16 963	15 934
Vermögenswirksame Leistungen nach § 3 des 3. Vermögensbildungsgesetzes	132	126	90	108	101	17	37	19	-
Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung und zu Familienbeihilfen	2 891	2 941	2 924	3 351	2 464	2 194	2 517	2 895	2 326
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	2 725	2 766	2 644	2 936	2 398	2 161	2 407	2 461	2 211
Tarifliche, vertragliche oder freiwillige Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung	166	175	280	415	66	33	110	434	115
Sonstige Sozialleistungen ²⁾	682	548	488	647	1 029	877	573	413	382
Insgesamt	21 494	23 290	22 855	27 154	19 231	18 550	19 606	20 290	18 642

1) Einschließlich regelmäßig und unregelmäßig gezahlter Prämien, Gratifikationen, Entlassungsentschädigungen, zusätzlichem Urlaubsgeld u.ä.. - 2) Einschließlich Kosten der Berufsausbildung.

70% am niedrigsten. Auf Personalnebenkosten - sie beinhalten sämtliche Personalaufwendungen, die der Arbeitgeber zusätzlich zum Bruttoverdienst aufbringen muß - entfallen im Schnitt der erfaßten Wirtschaftszweige (wiederum ohne Versicherungen) 25% des Gesamtbetrages der Aufwendungen.

8 800 DM Personalnebenkosten je Arbeitnehmer im Bankgewerbe

Die durchschnittlichen Personalnebenkosten, bezogen auf den Arbeitnehmer, lagen in den erfaßten Wirtschaftsbereichen zwischen rund 3 900 im Einzelhandel und 8 800 im Bankgewerbe. Im Großhandel entfielen knapp 5 300 DM Personalnebenkosten auf den Arbeitnehmer. Die entsprechenden Bundesdurchschnittswerte lagen in den erfaßten Wirtschaftsbereichen zwischen 4 900 DM (Einzelhandel) und 10 800 DM (Bankgewerbe).

Bei diesen zusätzlichen Aufwendungen spielen die gesetzlichen Beiträge zur sozialen Sicherung sowie Gratifikationen, Abschlußvergütungen u. ä. eine wesentliche Rolle. Im Groß- und Einzelhandel machte deren Anteil 82 bzw. 83% aus, in Unternehmen des Bankgewerbes nahezu 70% der gesamten Personalnebenkosten. Die Position Gratifikationen u. ä. war im Bankgewerbe mit 3 300 DM je Arbeitnehmer mit Abstand am höchsten. Sie beanspruchte dort etwa 40% der je Beschäftigten ermittelten Personalnebenkosten insgesamt. Beim Groß- und Einzelhandel machten die Gratifikationen demgegenüber nicht mehr als ein Drittel (1 600 DM) bzw. ein Viertel (900 DM) der gesamten zusätzlichen Aufwendungen aus. Umgekehrt war die Rangfolge hinsichtlich der gesetzlichen Beiträge zur sozialen Sicherung. Diese hatten mit Beträgen von 2 800 je Arbeitnehmer (Großhandel) und knapp 2 400 DM (Einzelhandel) in diesen Sparten erheblich größere Bedeutung als im Bank- und Versicherungsgewerbe mit ebenfalls 2 800 DM.

Die Kosten der Berufsausbildung einschließlich Ausbildungsvergütungen waren im Groß- und Einzelhandel - gemessen an den gesamten Personalnebenkosten je Arbeitnehmer - mit Beträgen von 410 und 430 DM etwa gleich hoch. Erheblich darüber lagen die entsprechenden Kosten im Bankgewerbe

(791 DM je Arbeitnehmer). Bezogen auf den Auszubildenden ergaben sich ebenfalls beachtliche Unterschiede zwischen den Bereichen Großhandel (4 400 DM) und Einzelhandel (4 100 DM) einerseits sowie den Banken (7 500 DM) andererseits. Die entsprechenden Bundesdurchschnittswerte betrugen beim Groß- und Einzelhandel 4 700 bzw. 4 800 DM und für das Bankgewerbe 8 000 DM.

Höchste Arbeitskosten im Handel bei Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten

Für den Groß- und Einzelhandel wurden auch Ergebnisse nach Unternehmensgrößenklassen (Zahl der Beschäftigten) ermittelt. Im Einzelhandel entsprachen die Personalkosten je Arbeitnehmer in kleineren und mittleren Unternehmen weitgehend den für größere Unternehmen festgestellten Durchschnittswerten. Die Beträge streuten in diesem Wirtschaftsbereich zwischen knapp 19 000 und rund 20 300 DM (200 bis 499 Beschäftigte). Im Großhandel waren die Unterschiede weit stärker ausgeprägt, wobei die Summe der gesamten Aufwendungen je Arbeitnehmer (27 200 DM) auch hier in der Größenklasse 200 bis 499 Beschäftigte am höchsten war. Die Aufwendungen je Arbeitnehmer für Personalnebenkosten machten zwischen 4 100 und 3 500 DM aus, die Aufwendungen für den Bruttoverdienst (einschließlich Gratifikationen) zwischen 23 000 und 17 800 DM.

Hinsichtlich der einzelnen Personalnebenkosten lassen die Nachweisungen nach der Unternehmensgröße im Groß- und Einzelhandel erkennen, daß den Arbeitern und Angestellten in Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern im Schnitt höhere Aufwendungen für zulagebegünstigte vermögenswirksame Leistungen gewährt wurden, als dies in größeren Unternehmen der Fall war. Auch bei den Aufwendungen für sonstige Sozialleistungen (hier einschließlich Ausbildungsvergütungen) ergab sich vor allem im Einzelhandel eine ausgeprägte Abstufung von 1 029 DM je Arbeitnehmer in den Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten bis zu 382 DM in Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 678	3 657	3 665	3 663	3 661	3 649
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 140	2 017 ^p	1 206 ^p	1 538 ^p	1 896 ^p	2 049 ^p	1 171 ^p	1 326 ^p	1 910 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,0	7,0 ^p	3,9 ^p	5,3 ^p	6,1 ^p	6,6 ^p	3,8 ^p	4,7 ^p	6,2 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 865	2 879 ^p	2 725 ^p	2 755 ^p	3 138 ^p	2 982 ^p	2 586 ^p	2 754 ^p	3 084 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	9,4 ^p	8,8 ^p	9,5 ^p	10,1 ^p	9,6 ^p	8,3 ^p	9,8 ^p	9,9 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 745	3 726 ^p	3 528 ^p	3 556 ^p	4 681 ^p	3 913 ^p	3 567 ^p	3 353 ^p	3 771 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,2 ^p	11,3 ^p	12,2 ^p	15,0 ^p	12,6 ^p	11,5 ^p	12,0 ^p	12,2 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	61	55 ^p	46 ^p	56 ^p	58 ^p	63 ^p	46 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	21,3	19,2 ^p	16,3 ^p	21,2 ^p	18,8 ^p	21,0 ^p	16,7 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 881	- 847 ^p	- 803 ^p	- 801 ^p	- 1 543 ^p	- 931 ^p	- 981 ^p	- 599 ^p	- 687 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,9	- 2,8 ^p	- 2,6 ^p	- 2,8 ^p	- 5,0 ^p	- 3,0 ^p	- 3,2 ^p	- 2,1 ^p	- 2,2 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 189	7 392 ^p	6 842	5 996	6 889	7 042
Ausländer	Anzahl	1 696	1 809 ^p	1 891	1 467	1 676	1 469
Erwerbspersonen	Anzahl	3 755	3 899 ^p	3 849	3 414	3 992	3 757
* Fortgezogene	Anzahl	8 165	7 944 ^p	7 187	6 574	7 632	7 175
Ausländer	Anzahl	2 466	2 138 ^p	2 119	1 999	2 265	1 820
Erwerbspersonen	Anzahl	4 694	4 442 ^p	4 449	3 840	4 592	3 899
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 977	- 551 ^p	- 345	- 578	- 743	- 133
Ausländer	Anzahl	- 770	- 329 ^p	- 228	- 532	- 589	- 351
Erwerbspersonen	Anzahl	- 940	- 542 ^p	- 600	- 426	- 600	- 142
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 243	10 360 ^p	9 591	8 202	9 562	10 333
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	67 214	62 137	83 338	84 378	69 559	65 096	75 921	71 306	60 505
* Männer	Anzahl	43 046	35 728	53 927	56 071	43 177	36 098	44 823	41 036	31 981
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 066	1 287	3 615	4 190	1 001	1 536	3 809	1 736	644
Bauberufe	Anzahl	6 885	4 232	7 776	8 239	5 823	4 247	6 365	5 985	4 116
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	29 673	23 541	33 971	34 623	29 118	23 705	26 947	26 080	21 855
Arbeitslosenquote	%	5,1	4,8	6,4	6,4	5,3	5,0	5,8	5,4	4,6
Offene Stellen	Anzahl	11 158	11 328	9 487	9 979	11 206	8 591	9 865	11 174	11 908
Männer	Anzahl	5 924	6 645	5 444	5 579	6 353	5 322	6 278	7 097	7 428
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	233	321	402	396	362	197	350	740	605
Bauberufe	Anzahl	765	919	705	706	909	562	722	867	954
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	3 764	4 420	3 414	3 348	4 007	3 320	3 831	4 101	4 466
Kurzarbeiter	Anzahl	33 266	9 871	25 690	20 305	16 496	7 569	9 823	11 583	11 883
Männer	Anzahl	24 672	7 266	20 159	14 863	12 271	5 436	7 408	8 429	8 625
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	675	654	.	.	.	654	.	.	.
* Milchkühe	1 000	239	233	.	.	.	233	.	.	.
* Schweine	1 000	677	683	.	.	.	683	.	.	.
Mastschweine	1 000	224	236	.	.	.	236	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	73	75	.	.	.	75	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	47	49	.	.	.	49	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 581	17 091	17 405	16 839	14 248	17 732	16 385	13 830	15 965
* Kälber	Anzahl	826	714	607	646	702	884	594	605	743
* Schweine	Anzahl	91 212	90 886	93 175	85 624	93 504	103 155	101 628	86 331	96 319
* Hausschlachtungen	Anzahl	16 573	15 129	23 886	18 648	18 165	26 651	22 151	16 085	17 695
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	12 238	12 375	12 675	11 935	11 769	13 597	13 022	11 045	12 499
* Kälber	t	4 750	4 888	4 986	4 801	4 144	5 007	4 749	3 986	4 663
* Schweine	t	76	71	58	60	68	83	54	57	70
* Schweine	t	7 360	7 355	7 573	7 028	7 504	8 420	8 154	6 940	7 705
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	102	75	94	125	103	39	49	98	70
* Geflügelfleisch 8)	t	104	92	109	106	40	97	115	92	99
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	77	75	72	72	84	65	69	66	80
* an Molkereien und Händler geliefert	%	86,5	89,8	88,2	88,7	88,5	89,3	90,1	90,4	91,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,4	9,7	10,3	11,3	8,8	9,5	10,1	11,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 8) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976					1977		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 780	2 649	2 681	2 679	2 674	2 624	2 716
* Beschäftigte	1 000	374	365	362	362	363	366	367
* Arbeiter 2)	1 000	267	262	258	259	260	263	262
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	38 628	39 193	38 066	38 036	41 436	39 126	39 474
Löhne und Gehälter	Mill. DM	742	792	698	670	730	1 054	753
* Löhne	Mill. DM	457	492	434	407	458	625	467
* Gehälter	Mill. DM	285	300	264	263	272	429	286
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	67	85	79	91	97	88	84
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	96	108	117	104	113	117	110
* Stadt- und Kokereigas	Mill. cbm	1	1	1	1	1	1	1
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	95	107	116	103	112	116	109
* Heizölverbrauch	1 000 t	186	204	233	230	230	245	244
* leichtes Heizöl	1 000 t	31	30	37	39	38	39	41
* schweres Heizöl	1 000 t	155	174	196	191	192	206	203
* Stromverbrauch	Mill. kWh	824	911	873	878	929	914	924
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	252	282	311	310	318	307	326
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 557	3 977	3 642	3 728	4 254	4 210	3 901
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 017	1 140	1 026	1 111	1 246	1 269	1 173
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamte Industrie	1970 = 100	113	122	113	119	120	122	116	117	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	127	120	126	126	129	123	124	...
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	114	125	118	124	124	127	120	122	121 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	113	126	119	123	133	120	119	124	128 ^P
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	93	100	59	63	86	80	63	70	83 ^P
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	1970 = 100	113	129	133	135	145	125	128	135	140 ^P
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	126	116	126	115	143	127	120	119 ^P
Maschinenbau (einschl. Büro-maschinen) und Datenverarbeitung	1970 = 100	115	122	109	111	106	154	132	115	114 ^P
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	106	116	111	119	115	107	117	121	117 ^P
Schuhindustrie	1970 = 100	68	68	73	83	77	52	72	73	71 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	124	139	135	134	123	160	117	119	109 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	97	95	73	76	83	81	74	78	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	93	96	.	.	93	99
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	144	154	.	.	132	184
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	240	233	342	325	270	340	344	291	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 544	1 750	1 879	1 751	1 814	1 867	1 869	1 619	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	582	668	750	655	667	710	709	559	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 187	1 298	1 450	1 400	1 397	1 475	1 479	1 302	...
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	150	181	238	223	225	268	257	234	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	150	169	219	204	207	245	236	217	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	71 102	68 047	66 141	64 842	67 304	67 753	66 975	66 696	67 958 ^P
Facharbeiter	Anzahl	40 440	38 763	37 780	36 741	38 495	38 371	38 128	37 625	38 265 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 648	16 061	15 076	14 707	15 654	16 212	15 052	15 390	16 037 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 779 ^x	9 046	6 877	6 458	8 418	7 935	6 882	7 143	9 487 ^P
Privater Bau	1 000	5 566	5 452	4 259	4 078	4 956	4 855	4 702	4 905	6 151 ^P
Wohnungsbau	1 000	3 765	3 607	2 841	2 686	3 196	3 152	3 050	3 180	3 933 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	93	79	68	50	60	77	36	45	80 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 708 ^x	1 766	1 350	1 342	1 700	1 626	1 616	1 680	2 138 ^P
Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 213 ^x	3 594	2 618	2 380	3 462	3 080	2 180	2 238	3 336 ^P
Hochbau	1 000	1 004	888	706	705	971	774	597	588	766 ^P
Tiefbau	1 000	3 209 ^x	2 706	1 912	1 675	2 491	2 306	1 583	1 650	2 570 ^P
Straßenbau	1 000	1 481	1 242	842	687	1 050	1 103	723	790	1 342 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	130	133	101	89	118	138	101	104	132 ^P
* Löhne	Mill. DM	115	117	85	74	102	119	84	88	115 ^P
* Gehälter	Mill. DM	15	16	16	15	16	19	17	16	17 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	362	327	204	199	271	552	179	213	306 ^P

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. Energieversorgung: einschl. Handwerksunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheite = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976					1977		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	983	1 162	1 535	1 003	1 336	587	1 315	840	1 179
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	937	1 120	1 463	964	1 294	570	1 258	821	1 137
* Umbauter Raum	1 000 cbm	997	1 135	1 657	971	1 313	505	1 349	761	1 155
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	189	225	300	190	254	99	268	153	234
* Wohnfläche	1 000 qm	159	181	254	150	209	83	219	119	181
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	231	201	257	176	209	109	190	133	198
* Umbauter Raum	1 000 cbm	926	682	934	617	613	287	667	342	1 064
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	140	103	135	73	75	29	112	45	168
* Nutzfläche	1 000 qm	165	127	164	120	116	51	117	73	160
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 788	1 936	2 767	1 599	2 177	841	2 413	1 246	1 972
Öffentliche Tiefbauaufträge										
Insgesamt	Mill. DM	65	63	32	32	51	47	41	29	51
Straßenbauten (einschl. Straßenbrückenbauten)	Mill. DM	43	48	20	19	26	37	19	23	37
Übrige Tiefbauten	Mill. DM	22	15	12	13	25	10	22	6	14
Nach Ausführungszeit										
bis 3 Monate	Mill. DM	10	14	3	4	8	6	4	4	6
3 - 6 Monate	Mill. DM	17	17	8	8	12	15	8	7	14
6 - 12 Monate	Mill. DM	24	21	9	18	27	15	15	4	12
über 1 Jahr	Mill. DM	14	11	12	2	4	11	14	14	19
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 134	1 334	1 192	1 211	1 468	1 437	1 193	1 376	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	47	54	38	44	54	53	52	56	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 087	1 280	1 155	1 168	1 414	1 384	1 141	1 320	...
Rohstoffe	Mill. DM	11	13	11	10	13	14	12	12	...
Halbwaren	Mill. DM	63	77	76	71	78	83	68	73	...
Fertigwaren	Mill. DM	1 013	1 190	1 068	1 086	1 323	1 287	1 061	1 235	...
Vorerzeugnisse	Mill. DM	315	398	367	339	426	414	350	422	...
Enderzeugnisse	Mill. DM	697	791	701	747	897	873	711	812	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	448	578	487	580	664	571	574	642	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	74	96	94	96	107	87	83	101	...
Dänemark	Mill. DM	20	26	18	25	32	26	25	26	...
Frankreich	Mill. DM	145	193	159	211	215	177	189	196	...
Großbritannien	Mill. DM	51	70	59	64	81	82	66	79	...
Irland	Mill. DM	3	4	3	3	8	5	3	4	...
Italien	Mill. DM	73	95	81	97	113	100	99	116	...
Niederlande	Mill. DM	82	94	73	84	107	94	110	120	...
Österreich	Mill. DM	38	51	40	45	53	52	49	61	...
Schweiz	Mill. DM	41	53	38	47	47	52	45	51	...
USA und Kanada	Mill. DM	51	72	55	61	73	72	68	59	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	303	303	282	241	310	378	231	284	...
Ostblockländer	Mill. DM	82	84	110	73	115	98	69	80	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	688	815	743	736	900	847	808	803	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	114	138	131	122	148	169	134	144	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	574	677	613	614	751	678	674	659	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG-Länder	Mill. DM	367	440	398	393	479	457	400	438	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	87	109	96	98	90	111	105	108	...
Dänemark	Mill. DM	6	6	6	6	6	9	6	8	...
Frankreich	Mill. DM	106	126	127	108	139	138	118	131	...
Großbritannien	Mill. DM	20	20	11	19	21	21	19	20	...
Irland	Mill. DM	1	1	1	1	2	2	1	1	...
Italien	Mill. DM	61	66	54	60	72	68	62	70	...
Niederlande	Mill. DM	87	112	102	101	149	108	89	101	...
Österreich	Mill. DM	14	21	12	19	22	22	21	18	...
Schweiz	Mill. DM	11	14	10	12	15	14	13	14	...
USA und Kanada	Mill. DM	63	73	78	68	83	92	98	67	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	155	180	157	161	199	180	187	183	...
Ostblockländer	Mill. DM	22	21	23	23	23	16	16	16	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	104,0	103,6	101,9	102,1	102,1	105,4	103,0	102,8	102,9 ^p
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	157,7	170,5	148,3	144,8	163,7	235,0	150,8	148,8	180,7 ^p
Waren verschiedener Art	1970 = 100	178,7	191,9	175,7	149,1	164,4	297,8	165,9	147,7	172,3 ^p
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	157,6	167,5	143,7	143,3	161,1	205,9	143,4	152,3	177,1 ^p
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	148,2	153,7	137,4	115,9	139,2	233,5	149,2	113,0	168,0 ^p
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	162,8	172,2	144,5	156,5	176,8	246,2	136,1	158,7	195,6 ^p
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	158,7	166,8	142,4	134,7	135,9	411,1	143,2	136,2	153,7 ^p
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	127,3	154,8	120,9	151,4	174,6	162,9	139,7	161,8	213,8 ^p
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	117,9	122,7	108,5	105,1	118,5	167,0	106,2	104,1	126,2 ^p
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	120,0	121,6	107,1	105,0	117,5	147,9	101,2	106,5	123,8 ^p
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	109,1	109,4	99,3	83,4	99,9	163,3	103,8	78,3	115,7 ^p
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	121,7	125,1	106,6	115,1	129,6	176,6	97,1	112,6	138,1 ^p
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	122,7	126,9	109,1	102,8	103,4	312,1	108,5	102,8	115,8 ^p
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	95,6	112,2	89,4	111,7	129,2	116,9	100,2	115,7	152,4 ^p
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	98,6	95,1	89,6	91,0	91,2	88,3	88,4	89,3	90,5 ^p
Teilbeschäftigte	1970 = 100	121,8	120,9	114,5	113,1	107,4	113,7	116,1	116,1	111,3 ^p
* Umsatz	1970 = 100	127,1	130,5	99,8	106,8	112,4	110,8	103,0	112,2	115,1 ^p
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	135,6	140,6	87,5	100,3	106,9	100,6	92,7	109,0	112,5 ^p
Gaststättengewerbe	1970 = 100	120,6	122,7	108,9	111,5	116,4	118,3	100,6	114,7	117,0 ^p
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	275	291	120	134	164	123	126	134	176
* Ausländer	1 000	53	59	15	17	19	17	16	17	21
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 088	1 103	436	493	607	461	454	494	641
* Ausländer	1 000	149	168	34	41	46	46	37	46	52
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 441	1 565	1 326	1 446	1 602	1 716	1 313	1 345	1 747
* Güterversand	1 000 t	1 246	1 273	981	1 045	1 245	1 222	953	1 071	1 477
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 129	12 239	10 621	12 474	16 966	9 629	12 060	13 140	19 506
Krafträder und Motorroller	Anzahl	253	311	125	217	492	69	108	215	693
* Personen- und Kombinationskraft- wagen	Anzahl	9 964	10 959	9 716	11 306	15 002	8 840	11 115	12 019	17 283
* Lastkraftwagen	Anzahl	420	519	425	459	689	396	444	415	726
Zugmaschinen	Anzahl	424	385	300	447	695	263	348	446	710
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		6 906	7 718	7 905	6 538	6 705	9 299	7 928	7 105	7 911
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 726	1 836	1 558	1 341	1 514	1 861	1 452	1 524	1 883
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 180	5 882	6 347	5 197	5 191	7 438	6 476	5 581	6 028
Verunglückte Personen	Anzahl	2 487	2 615	2 243	1 896	2 095	2 666	2 074	2 078	2 639
* Getötete	Anzahl	80	82	61	67	68	86	51	62	74
Pkw - Insassen	Anzahl	42	39	19	32	30	36	29	31	...
Fußgänger	Anzahl	19	21	27	18	15	35	14	20	...
* Verletzte	Anzahl	2 407	2 533	2 182	1 829	2 027	2 580	2 023	2 016	2 565
Pkw - Insassen	Anzahl	1 470	1 499	1 150	1 240	1 224	1 809	1 431	1 255	...
Fußgänger	Anzahl	280	286	333	260	301	326	246	279	...
Schwerverletzte	Anzahl	758	811	696	599	611	855	586	664	823
Pkw - Insassen	Anzahl	402	427	399	362	324	532	357	359	...
Fußgänger	Anzahl	129	130	155	132	141	177	100	133	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976					1977		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	35 078	38 399	35 441	35 762	35 871	38 399	38 813	39 029	39 438
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	34 653	37 742	35 027	35 327	35 416	37 742	38 127	38 340	38 785
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	27 654	29 978	27 847	28 078	28 262	29 978	30 316	30 568	30 935
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 999	7 764	7 181	7 248	7 154	7 764	7 811	7 771	7 850
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 974	8 210	7 949	8 048	8 076	8 210	8 159	8 185	8 390
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 636	7 849	7 591	7 703	7 692	7 849	7 802	7 860	8 012
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	337	362	357	345	384	362	358	325	378
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 658	4 095	3 679	3 688	3 721	4 095	4 075	4 093	4 139
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 824	3 315	2 841	2 841	2 875	3 315	3 324	3 349	3 397
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	834	780	838	847	847	780	750	744	741
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	23 022	25 436	23 400	23 590	23 618	25 436	25 893	26 061	26 256
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	17 194	18 814	17 415	17 534	17 695	18 814	19 190	19 359	19 525
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 828	6 622	5 985	6 056	5 923	6 622	6 703	6 702	6 731
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	31 445	34 202	31 517	31 485	31 241	34 202	34 465	34 845	34 552
* Sichteinlagen	Mill. DM	4 902	5 180	4 816	4 724	4 567	5 180	5 230	5 361	5 070
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 471	4 699	4 428	4 375	4 291	4 699	4 720	4 920	4 691
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	430	481	388	350	276	481	510	441	380
* Termingelder	Mill. DM	6 356	6 828	6 333	6 249	6 193	6 828	6 999	7 134	7 178
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 238	5 626	5 138	5 011	4 925	5 626	5 761	5 801	5 860
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 118	1 202	1 195	1 238	1 268	1 202	1 238	1 333	1 318
* Spareinlagen	Mill. DM	20 188	22 194	20 368	20 512	20 480	22 194	22 237	22 350	22 304
bei Sparkassen	Mill. DM	11 758	12 913	11 859	11 966	11 987	12 913	12 925	12 985	12 973
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 140	1 086	1 453	962	989	2 096	1 553	959	1 000
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	827	922	1 279	818	1 020	1 165	1 517	845	1 051
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	40	45	64	43	37	48	48	43	36
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	27 070	50 350	15 127	18 606	5 722	17 792	29 916	16 513	7 604
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	1	1	1	1	-	-	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 274	1 010	1 005	764	1 079	972	786	792	961
* Wechselsumme	1 000 DM	6 030	4 077	3 589	3 187	4 489	3 859	3 349	3 129	3 535
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	691 366	763 352	656 011	728 027	806 753	1 369 007	749 993	864 082	895 218
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	478 176	528 724	396 760	469 623	589 101	1 095 587	464 351	600 906	719 227
Lohnsteuer ⁵⁾	1 000 DM	307 542	347 605	323 734	429 715	198 930	579 416	366 845	480 624	232 581
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	51 829	54 855	-	187 871	-	-	-	206 577	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	114 056	114 430	42 723	12 826	276 779	344 340	60 476	53 588	325 727
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 831	7 550	2 096	2 980	2 786	1 885	6 299	7 418	2 486
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	47 746	59 139	28 207	24 102	110 606	169 946	30 731	59 276	158 433
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	8 491	7 542	-	18 173	15 653	-	-	60 367	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	213 190	234 628	259 251	258 404	217 652	273 420	285 642	263 176	175 991
* Umsatzsteuer	1 000 DM	150 930	163 489	199 181	197 581	131 488	176 331	217 761	196 414	90 650
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	62 261	71 139	60 070	60 823	86 164	97 089	67 881	66 762	85 341
* Bundessteuern	1 000 DM	92 095	97 790	119 236	106 192	114 463	151 208	126 963	127 595	158 635
* Zölle	1 000 DM	8 001	7 956	7 320	6 745	9 343	12 723	7 139	6 579	10 046
* Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	79 508	79 508	107 166	95 862	98 057	130 573	116 458	114 874	143 787
* Landessteuern	1 000 DM	50 390	59 305	43 584	60 706	53 112	55 620	61 165	76 036	72 489
* Vermögensteuer	1 000 DM	10 942	12 549	755	26 191	1 580	6 819	14 476	38 018	27 918
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	26 973	28 438	31 463	25 154	31 885	33 221	30 190	26 251	29 922
* Biersteuer	1 000 DM	6 152	6 555	6 827	4 721	5 262	6 332	6 725	4 769	5 791
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	341 325	393 689	.	.	347 260	436 967	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 559	8 421	.	.	5 293	9 829	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	49 522	60 367	.	.	46 880	64 241	.	.	.
* Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	229 260	263 511	.	.	233 868	301 716	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 745	24 291	.	.	25 786	24 792	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	21 975	26 999	.	.	26 249	28 609	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	462 189	506 854	467 310	498 859	518 257	867 992	530 608	578 277	601 399
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	209 576	232 014	172 729	211 661	253 424	483 131	202 264	263 061	320 533
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	145 506	161 897	178 888	178 303	150 184	188 666	197 098	181 595	121 438
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 013	15 147	- 3 543	2 052	186	44 987	4 283	6 026	793
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	359 283	395 643	315 228	372 904	379 772	669 255	379 997	443 594	450 905
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	208 934	231 425	172 439	210 554	252 706	482 415	201 817	260 691	319 938
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	84 945	89 766	102 748	99 592	73 768	86 233	112 732	100 841	57 685
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 013	15 147	- 3 543	2 052	186	44 987	4 283	6 026	793
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	432 664	490 662	.	.	440 892	570 298	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	143 527	166 429	.	.	147 640	189 784	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	177 071	194 055	.	.	179 859	245 262	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	134,7	140,8	138,2	139,2	139,7	142,5	143,8	144,7	145,2
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	133,3	135,0	135,8	138,4	140,8	142,1	142,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	138,9	143,7	.	140,2	.	.	.	146,9	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	397	433	402	.	.	.	440 ^r	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	425	464	430	.	.	.	472 ^r	.	.
* Facharbeiter	DM	451	487	453	.	.	.	496 ^r	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	406	445	415	.	.	.	456 ^r	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	349	381	350	.	.	.	387 ^r	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	279	303	291	.	.	.	315 ^r	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	266	292	277	.	.	.	307 ^r	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	9,59	10,23	9,81	.	.	.	10,59 ^r	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	10,15	10,82	10,40	.	.	.	11,20 ^r	.	.
* Facharbeiter	DM	10,71	11,42	10,98	.	.	.	11,81 ^r	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	9,78	10,40	10,01	.	.	.	10,78 ^r	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	8,36	8,89	8,50	.	.	.	9,25 ^r	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	7,13	7,61	7,35	.	.	.	7,94 ^r	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	6,81	7,30	7,01	.	.	.	7,71 ^r	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,3	42,1	40,9	.	.	.	41,6 ^r	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	41,8	42,4	41,3	.	.	.	42,1 ^r	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	39,9	39,5	.	.	.	39,7 ^r	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 037	2 171	2 088	.	.	.	2 243 ^r	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 809	1 933	1 865	.	.	.	2 001 ^r	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 238	2 380	2 297	.	.	.	2 463 ^r	.	.
männlich	DM	1 423	1 521	1 471	.	.	.	1 575 ^r	.	.
weiblich	DM	2 591	2 746	2 626	.	.	.	2 823 ^r	.	.
* Technische Angestellte	DM	2 655	2 811	2 687	.	.	.	2 892 ^r	.	.
männlich	DM	1 757	1 874	1 797	.	.	.	1 916 ^r	.	.
weiblich	DM	2 369	2 528	2 413	.	.	.	2 610 ^r	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 107	2 265	2 164	.	.	.	2 346 ^r	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 485	2 663	2 546	.	.	.	2 760 ^r	.	.
männlich	DM	1 665	1 788	1 707	.	.	.	1 847 ^r	.	.
weiblich	DM	2 645	2 798	2 674	.	.	.	2 877 ^r	.	.
* Technische Angestellte	DM	2 698	2 855	2 727	.	.	.	2 937 ^r	.	.
männlich	DM	1 856	1 959	1 880	.	.	.	2 017 ^r	.	.
weiblich	DM			
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 623	1 729	1 678	.	.	.	1 788 ^r	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	1 608	1 713	1 663	.	.	.	1 776 ^r	.	.
männlich	DM	2 029	2 144	2 084	.	.	.	2 220 ^r	.	.
weiblich	DM	1 290	1 378	1 344	.	.	.	1 432 ^r	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975		1976				1977	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054	61 829	61 645	61 630	61 608
Eheschließungen 1)	Anzahl	31 439	32 223	30 451	17 696 ^P	21 488 ^P	24 131 ^P	31 535 ^P	17 242 ^P	19 997 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 198	50 043	48 357	48 688 ^P	48 216 ^P	47 275 ^P	48 424 ^P	47 326 ^P	45 069 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 626	62 438	63 167	59 856 ^P	59 869 ^P	61 208 ^P	63 094 ^P	62 067 ^P	55 706 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 8 428	-12 396	-14 810	-11 168 ^P	-11 653 ^P	-13 933 ^P	-14 670 ^P	-14 741 ^P	-10 637 ^P
Arbeitslose	1 000	582	1 074	1 223	1 351	1 347	985	1 090	1 249	1 214
Männer	1 000	325	623	698	795	811	481	573	699	676
Offene Stellen	1 000	315	236	168	191	208	202	186	202	224
Männer	1 000	190	130	92	107	116	125	113	122	135
Kurzarbeiter	1 000	292	773	748	743	493	168	214	269	281
Männer	1 000	198	538	538	568	376	121	153	211	223
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 234	19 805	19 805	.	.	.	20 589	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	317	317	338	317	293	372	338	338	300
Milcherzeugung	1 000 t	1 792	1 800	1 670	1 791	1 780	1 554	1 677	1 791	1 729
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 144	7 616	7 438	7 819	7 384	7 474	7 433
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	870	778	730	807	763	822	785
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	62 500	61 154	66 134	58 316	61 992	72 494	77 425
Auslandsumsatz	Mill. DM	15 097	14 409	16 749	13 997	14 882	17 287	20 709
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	112	105	110	102	111	123	110	108 ^P	113 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	112	105	111	104	113	125	114	112 ^P	117 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	110	103	107	99	109	122	110	109 ^P	114 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	116	102	99	98	109	117	103	105 ^P	112 ^P
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	107	102	114	99	109	124	114	108 ^P	114 ^P
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	108	102	104	101	111	124	109	113 ^P	118 ^P
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	114	114	117	108	113	133	115	110 ^P	110 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	94	79	67	69	106	79	68 ^P	76 ^P
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 988	25 150	29 719	30 462	29 362	30 195	32 351
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 978	3 539	3 972	3 959	3 841	3 936	4 446	4 421	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 352	1 211 ^x	1 184	1 131	1 110	1 206 ^x	1 179 ^x
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	173	153 ^x	123	102	98	165 ^x	124 ^x
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 280	6 021 ^x	9 838	4 875	3 918	8 012 ^x	10 972 ^x
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	14 924	14 485	12 652	13 105	14 946	14 981	13 775
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 528	13 341	11 498	12 147	13 842	14 124	12 841
Wohnfläche	1 000 qm	2 977	2 684	2 535	2 427	2 756	2 529	2 431
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 160	3 494	3 329	2 848	2 982	2 901	2 708
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	34 815	30 654	29 741	28 041	31 184	27 182	27 016
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	19 215	18 466	20 578	18 443	19 160	22 195	24 274	19 792	20 983
EG-Länder	Mill. DM	8 626	8 045	8 830	8 442	9 280	10 087	10 539	9 223	9 880
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 465	1 406	1 520	1 442	1 573	1 646	1 759	1 644	1 688
Dänemark	Mill. DM	387	386	407	572	467	561	619	427	482
Frankreich	Mill. DM	2 279	2 164	2 473	2 318	2 688	2 908	2 984	2 666	2 733
Großbritannien	Mill. DM	918	841	815	966	929	1 060	1 180	1 006	1 088
Irland	Mill. DM	61	50	52	47	52	57	76	57	62
Italien	Mill. DM	1 561	1 349	1 633	1 403	1 609	1 623	1 708	1 445	1 656
Niederlande	Mill. DM	1 956	1 849	1 930	1 695	1 962	2 231	2 214	1 978	2 170
Österreich	Mill. DM	846	819	843	805	920	1 161	1 215	955	1 077
Schweiz	Mill. DM	961	797	877	693	918	1 018	1 026	925	1 000
USA und Kanada	Mill. DM	1 603	1 255	1 489	1 250	1 270	1 507	1 428	1 347	1 295
Entwicklungsländer	Mill. DM	2 676	3 038	3 256	3 026	2 843	3 516	4 252	3 164	3 323
Ostblockländer	Mill. DM	1 323	1 451	1 788	1 420	1 146	1 423	1 745	1 194	1 539

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfesten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; Öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ohne Bauindustrie. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975		1976				1977	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	14 978	15 359	17 348	15 948	16 976	19 192	20 998	17 807	18 253
EG - Länder	Mill. DM	7 179	7 604	8 442	7 772	8 213	8 989	9 565	8 238	8 748
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 326	1 312	1 417	1 348	1 453	1 588	1 601	1 442	1 531
Dänemark	Mill. DM	205	232	253	211	248	300	328	244	282
Frankreich	Mill. DM	1 742	1 846	2 220	1 869	2 009	2 192	2 355	2 058	2 080
Großbritannien	Mill. DM	522	578	686	619	634	780	799	688	690
Irland	Mill. DM	35	56	62	49	60	72	77	52	60
Italien	Mill. DM	1 248	1 436	1 405	1 294	1 349	1 499	1 646	1 326	1 711
Niederlande	Mill. DM	2 102	2 144	2 398	2 383	2 461	2 559	2 759	2 429	2 393
Österreich	Mill. DM	293	316	323	298	377	454	449	389	458
Schweiz	Mill. DM	407	456	534	436	564	616	609	510	588
USA und Kanada	Mill. DM	1 331	1 332	1 653	1 496	1 673	1 633	2 629	1 555	1 409
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 349	3 070	3 420	3 319	3 511	4 112	4 176	4 186	4 039
Ostblockländer	Mill. DM	700	721	917	767	788	916	1 098	789	741
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	136,9	149,2	201,5	139,8	135,3	179,8	219,3	144,0 ^p	141,3 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	123,7	131,0	124,5	115,1	117,7	124,1	131,3 ^p	131,3 ^p	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	815	901	901	900	904	976	992	986	991 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	672	707	707	705	707	758	770	765	768 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	143	193	193	195	197	219	222	221	223 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	637	707	707	696	702	737	756	745	751 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	311	376	376	379	382	393	410	410	413 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	14 249	14 372	26 772	15 062	11 563	13 247	30 905	16 832	13 039
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 311	9 291	20 018	9 381	6 098	7 670	23 812	10 544	7 145
Lohnsteuer	Mill. DM	5 997	5 933	10 570	7 435	5 414	6 712	12 077	8 243	6 143
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 333	2 233	6 768	1 157	592	639	7 756	1 366	718
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 326	4 507	5 062	5 677	5 353	5 190	5 272	6 159	5 728
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 779	2 977	3 373	4 082	3 675	3 277	3 289	4 264	3 824
Bundessteuern	Mill. DM	3 109	3 066	5 029	1 592	3 022	3 258	5 578	1 743	3 229
Zölle	Mill. DM	278	271	285	247	329	331	332	352	259
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 794	2 862	4 482	1 145	2 392	2 734	4 971	1 203	2 678
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	131,1	138,7	141,9	142,9	144,6	149,0	149,3	150,4	151,7
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	117,6	133,2	146,0	148,4	152,7	147,7	148,6 ^p	148,6 ^p	148,7 ^p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	129,4	135,5	136,3	137,5	138,4	142,1	142,1	143,3	143,7
Preisindex für Wohngebäude	1970 = 100	134,1	137,3	.	.	138,6	144,0	.	.	145,1
Bauleistungen am Gebäude ⁴⁾	1970 = 100	135,6	138,9	.	.	140,2	145,7	.	.	146,9
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	123,6	126,5	.	.	126,8	128,8	.	.	128,8
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	127,1	134,7	137,1	138,2	139,2	141,8	142,5	143,8	144,7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	123,6	130,1	131,7	133,3	135,0	136,9	138,4	140,8	142,1
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	129,7	136,3	138,2	138,6	139,2	143,3	143,4	144,2	144,8
Wohnungsmiete	1970 = 100	125,1	133,2	136,1	136,9	137,7	141,6	141,9	142,6	143,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	149,8	165,5	174,6	176,5	177,2	176,3	177,5	178,9	179,6
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	123,1	131,0	133,2	134,6	134,8	136,6	137,0	138,3	139,0
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	134,9	143,4	145,7	146,6	147,7	151,0	150,8	150,9	151,3
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	131,8	141,3	144,4	145,2	145,9	150,1	150,4	151,2	152,2
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	123,4	130,8	133,5	133,9	134,2	137,3	137,4	137,9	138,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	124,4	129,4	131,4	131,5	132,3	135,4	135,4	136,5	137,4

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Bauleistungen am Bauwerk ohne Baunebenleistungen.

Rückläufige Tendenz der Industrieproduktion im März 1977

Im März 1977 waren für die rheinland-pfälzische Industrieproduktion insgesamt Minderungen von $-0,4$ bzw. $-2,3\%$ gegenüber dem Vor- und Vorjahresmonat zu verzeichnen. Unter den Industriehauptgruppen lagen im Vergleich zu Februar 1977 die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit $+3,1\%$ am günstigsten, im Vergleich zu März 1976 schnitt dagegen die Investitionsgüterherstellung mit $+2,7\%$ am besten ab.

Auch für das erste Vierteljahr 1977 war gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Abnahme der Industrieproduktion, und zwar von $-0,8\%$ festzustellen. Im ersten Quartal 1976 hatte dagegen im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Jahres 1975 mit $+10,6\%$ ein spürbarer Aufschwung registriert werden können.

Von Januar bis März 1977 wiesen die Nahrungs- und Genußmittel- ($-11,9\%$) sowie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ($-1,0\%$) Rückgänge aus, während die Verbrauchs- und Investitionsgüterproduktion mit $+2,7$ bzw. $+2,3\%$ expandierten. Unter den wichtigsten Industriezweigen waren der Maschinenbau ($+10,4\%$) sowie der Stein- und Erdensektor ($+3,3\%$) expansiv, wogegen sich die Produktion der Schuhindustrie ($-6,9\%$) und der Chemie ($-2,5\%$) merklich verringerten. pe

Nur noch 1,3% mehr Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Die Zunahme der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau setzte sich, wenn auch in wesentlich gedämpfterem Maße, im Jahre 1976 fort. Im Berichtsjahr beliefen sich die Bewilligungen für Sozialwohnungen nach dem ersten und zweiten Förderungsweg auf insgesamt 7 591; das sind $1,3\%$ mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Wohnungen im ersten Förderungsweg verminderte sich um $4,9\%$ auf 4 294, während im zweiten Förderungsweg, worunter alle mit direkten staatlichen Hilfen außerhalb des öffentlich geförderten Wohnungsbaus begünstigten Bauvorhaben fallen, eine Steigerung um $10,5\%$ auf 3 297 Wohnungen zu verzeichnen war.

Die Bewilligungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern erhöhten sich um 372 auf 4 139 ($+9,9\%$), für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ergab sich mit 2 826 eine leichte Abnahme ($-5,7\%$).

Die Finanzierungsmittel erreichten insgesamt knapp 1,2 Mrd. DM gegenüber 1,1 Mrd. DM im Jahre 1975. Auf öffentliche Mittel entfielen 15, auf Kapitalmarktmittel 47 und auf sonstige Mittel 38% . ne

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1976 um 3% gestiegen

In Rheinland-Pfalz wurden 1976 von der öffentlichen Hand Tiefbauaufträge in Höhe von 807 Mill. DM vergeben; das sind nominell 3% mehr als im Jahr zuvor. Nicht enthalten sind in dieser Summe Aufträge unter 25 000 DM. Das Schwergewicht der Vergaben lag bei Straßenbauten (57%), Straßenbrückenbauten und wasserwirtschaftlichen Tiefbauten (je 16%). Bei den Auftragsvergaben für Straßen- und Straßenbrückenbauten konnte eine leichte Steigerung der Vergabesumme festgestellt werden.

Unter den Bauherren nahm erneut der Bund mit 55% der gesamten Vergabewerte die erste Stelle ein, gefolgt von den Gemeinden und Gemeindeverbänden (27%), dem Land

(14%) und den sonstigen Bauherren (4%). Während der Bund sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände ihr Auftragsvolumen reduzierten, stieg es beim Land um fast neun Zehntel auf 111 Mill. DM. Die jeweils vom Bund und Land verausgabten Mittel fanden hauptsächlich Verwendung für Straßen- (59 bzw. 84%) und Straßenbrückenbauten (24 bzw. 15%). Gemeinden und Gemeindeverbände setzten Prioritäten im wasserwirtschaftlichen Tiefbau (50%) und im Straßenbau (44%). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 112

Weiterer Anstieg der Baulandpreise bei rückläufigem Flächenumsatz 1976

Während im Jahre 1976 in Rheinland-Pfalz 12,1 Mill. Quadratmeter Bauland den Besitzer wechselten, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 6% bedeutet, erhöhten sich die durchschnittlichen Quadratmeterpreise für baureifes Land um 9% und für Rohbauland um 35% . Die seit 1973 zu verzeichnende Reduzierung der umgesetzten Baulandfläche, welche in engem Zusammenhang mit der eingeschränkten Bautätigkeit steht, setzte sich also weiter fort.

Von den insgesamt registrierten 13 402 Grundstücksveräußerungen entfielen sieben Zehntel mit einem Flächenanteil von 60% auf baureifes Land. Weitere 15% der Verkaufsfälle mit einer Fläche von 21% bezogen sich auf Rohbauland. Der Rest verteilte sich auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.

Der für baureifes Land ermittelte durchschnittliche Quadratmeterpreis errechnete sich mit 36,68 DM (Vorjahr 33,67 DM); das Rohbauland verteuerte sich im Landesmittel von 24,25 auf 32,83 DM. Damit hat sich der insbesondere bei baureifem Land festgestellte kontinuierliche Preisanstieg der letzten Jahre fortgesetzt. Eine Erhöhung des Durchschnittspreises um 30% verzeichneten auch die Freiflächen, wogegen Industrieland und Land für Verkehrszwecke um 18 bzw. 43% billiger verkauft wurden.

Die niedrigsten Quadratmeterpreise wurden im Landkreis Kaiserslautern registriert. Hier ergab sich für baureifes Land ein Durchschnittswert von 8,09 DM und für Rohbauland von 5,89 DM. Günstige Baulandpreise verzeichneten auch die Landkreise Birkenfeld (10,95 bzw. 6,57 DM), Kusel (10,68 bzw. 5,95 DM), Bitburg-Prüm (14,31 bzw. 6,21 DM) und Daun (13,15 bzw. 8,18 DM). Demgegenüber waren die Preise in einigen kreisfreien Städten und Landkreisen beachtlich hoch. Unter den kreisfreien Städten verzeichnete Mainz mit 147 DM für baureifes Land und 77,71 DM für Rohbauland die Spitzenwerte, gefolgt von Ludwigshafen (98,36 bzw. 43,63 DM) und Koblenz (93,16 bzw. 34,41 DM). Bei den Landkreisen dominierten Mainz-Bingen (75,62 bzw. 51,01 DM), Ludwigshafen (74,90 bzw. 37,41 DM) und Bad Dürkheim (60,98 bzw. 28,05 DM).

Zwei Fünftel aller Verkaufsgeschäfte entfielen auf Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohner. Jeweils ein Fünftel wechselte in Gemeinden zwischen 2 000 und 5 000 sowie zwischen 5 000 und 20 000 Einwohner den Besitzer und nur 10% der Verkäufe wurden in Großstädten getätigt. Bei der Hälfte der Verkaufsfälle betrug die Grundstücksgröße zwischen 500 und 1 000 qm. 53% der Verkaufsfälle mit 50% der Fläche erstreckten sich auf Wohngebiete in offener Bauweise, während auf Dorfgebiete mit 46 bzw. 49% deutlich höhere Anteile entfielen als im Jahr zuvor. wf

kurz + aktuell

Landwirtschaftliche Grundstücke um 7,9% billiger

Bei Verkäufen von Grundstücken für die landwirtschaftliche Nutzung (ohne Garten- und Weinbau) ist der Preis pro Quadratmeter von 1,65 DM im Jahre 1975 auf 1,52 DM im Jahre 1976 gesunken (— 7,9%). Die Zahl der Veräußerungsfälle hat sich von 5 300 auf 6 400 und die Gesamtfläche von 2 800 ha auf 3 200 ha erhöht. Die Anteile der veräußerten Grundstücke zwischen 10 und 25 Ar Größe (42%) sowie von 25 Ar bis zu 1 ha (47%) haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Abhängigkeit des Kaufwertes von den natürlichen Ertragsbedingungen des Grund und Bodens wird insofern bestätigt, als für Böden mit einer durchschnittlichen Ertragsmeßzahl (in 100) je ha unter 30 für den Quadratmeter 0,96 DM und für die Flächen mit einer Ertragsmeßzahl von 60 und mehr 2,97 DM gezahlt wurden. kr

Milcherzeugung weiterhin rückläufig

In den ersten drei Monaten des Jahres 1977 belief sich die Milcherzeugung in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 215 000 t. Sie lag damit um 5,6% niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser Rückgang dürfte, abgesehen von einer weiteren Reduzierung des Milchkuhbestandes, wenigstens noch teilweise auf die Futterknappheit des vergangenen Sommers in weiten Landesteilen zurückzuführen sein, die sich bis zu Beginn des Weideganges der Milchkühe Ende April/Anfang Mai auswirken wird.

Von dem Gesamtaufkommen gingen rund 194 000 t oder 91% an Molkereien, womit sich der Anteil der Vermarktung weiter erhöhte. Verfüttert wurden 10 000 t (4,7%), während etwa die gleiche Menge zur Deckung des Eigenbedarfs und zur sonstigen Verwendung in den Erzeugerhaushalten verblieb. rö

Fleischanfall fast unverändert

Im ersten Quartal 1977 wurden in Rheinland-Pfalz aus inländischer Erzeugung rund 46 200 Rinder, 1 900 Kälber, 284 300 Schweine und 3 700 Schafe geschlachtet. Damit lagen die Schlachtungszahlen bei Rindern (— 5%) und Kälbern (— 1%) niedriger als im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres, während sie bei Schweinen (+ 4%) und Schafen (+ 27%) anstiegen. Von der Gesamtschlachtmenge, die mit rund 36 600 t geringfügig über der des ersten Vierteljahres 1976 lag, entfielen 13 400 t auf Rind-, 180 t auf Kalb-, 22 800 t auf Schweine- und 100 t auf Schaffleisch, wobei letzteres infolge steigender Nachfrage durch ausländische Arbeitskräfte zunehmend an Bedeutung gewonnen hat.

Die im Berichtszeitraum aus dem Ausland und der DDR nach Rheinland-Pfalz eingeführten 2 200 Rinder und 8 700 Schweine erbrachten eine Schlachtmenge von insgesamt 1 300 t, die damit um 23% geringer ausfiel als die entsprechende Menge im ersten Vierteljahr 1976. rö

Geringerer Schweinebestand als im Vorjahr

Nach dem Ergebnis der am 1. April 1977 durchgeführten repräsentativen Erhebung wurden zu diesem Zeitpunkt in Rheinland-Pfalz rund 681 000 Schweine gehalten. Das entspricht einem Rückgang um 2,9% gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres und um 0,4% gegenüber Dezember 1976.

Die Gesamtzahl untergliederte sich in 222 000 Ferkel, 168 000 Jungschweine, 211 000 Mastschweine, 77 000 Zuchtschweine und 3 000 Eber. Verglichen mit April 1976 waren bei allen Altersgruppen und Verwendungsarten Bestands-einbußen zu verzeichnen, während gegenüber Dezember bei Ferkeln (+ 18%) und Zuchtsauen (+ 3%) eine Zunahme festgestellt werden konnte.

Die Reduzierung der Zahl der schweinehaltenden Betriebe setzte sich weiter fort. Mit annähernd 36 000 waren 6% weniger Betriebe als im April 1976 und 15% weniger als im Dezember 1976 mit der Haltung von Schweinen befaßt, womit sich der Trend zur Haltung größerer Bestände erneut bestätigte. rö

Themen der letzten Hefte

Heft 11/November 1976

Bundestagswahl 1976
Entwicklungsaussichten ausgewählter Bevölkerungsgruppen bis 1990
Schulbesuch und Abschlußprüfungen 1960 - 1975

Heft 12/Dezember 1976

Rheinland-Pfalz 1976 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Investitionen des produzierenden Gewerbes 1975
Straßennetz am 1. Januar 1976

Heft 1/Januar 1977

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1976
Volkshochschulen 1975
Strafvollzug 1975/76
Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975
Wohngeld 1973 - 1975

Heft 2/Februar 1977

Allgemeinbildende Schulen 1976/77
Ausländer 1976
Bodennutzung 1950 - 1976
Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950 - 1975
Umweltschutzinvestitionen 1975

Heft 3/März 1977

Berufsbildende Schulen 1976/77
Meldepflichtige Krankheiten 1976
Betriebsklassifizierung und Betriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft 1974/75
Bauhauptgewerbe 1976
Regionale Einzelhandelsumsätze 1974

Heft 4/April 1977

Rheinland-Pfalz 1947

Themen der folgenden Hefte

Ausfuhr 1976
Erwerbstätigkeit 1976
Industrie 1976
Personal an Hochschulen 1972 - 1976
Sozialhilfeempfänger 1965 - 1975

In Kürze erscheint das Schulverzeichnis

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN IN RHEINLAND-PFALZ SCHULJAHR 1976/77

Umfang 146 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 9,-

Das Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen 1976/77 wurde vom Kultusministerium Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt nach dem Stand vom Herbst 1976 erstellt.

Das Verzeichnis enthält neben den Anschriften der Schulen auch Angaben über den Schulträger, den Rechtsstatus und die Betreuungsform. Für jede Schule sind die wichtigsten Eckdaten angegeben, wie etwa die Zahl der Klassen und Schüler nach der Schulgliederung. Das Schulverzeichnis ist nach Schularten gegliedert.

[illegible]

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | ϕ = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| . | r = berichtigte Angabe |
| = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | s = geschätzte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvev d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.